Deutsche Allgemeine Zeitung

(früher „Norddeutsche Allgemeine Zeitung").

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich (Mark 10,50, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen nehmen bei allen Postanstalten entgegen, für Berlin besorgt man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 II.
Fernsprecher: Schriftleitung: Zentrum 614, 904, 905, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580. Geschäftsstelles Nr. 9993, 9994, 8396. Postscheckkonto: Berlin 25 852.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Grundpreis von 1 Mark für die zeitungspaltene Zeile im Anzeigenteil und 3 Mark für die zeitungspaltene Zeile im Reklameteil entgegen. Stellengesuche und Familienanzeigen die Zeile 50 Pf. Anträge sind zu richten an die Anzeigen-Abteilung Berlin SW. 68, Wilhelmstraße 32.

Nr. 161. [58. Jahrgang.] Donnerstag 3. April 1919. Abend-Ausgabe. [58. Jahrgang.] Nr. 161.

Mahnrufe zur Einigung.

Eigene Drahtmeldung.

A. Zürich, 2. April.

Da die Diplomaten der Pariser Konferenz die neue Weltordnung ganz willkürlich nach den Machtinteressen ihrer eigenen Staaten auf Kosten der anderen einzurichten versuchen, quillt die Ungeduld der entrechteten Völker, denen man vier Jahre hindurch den Anbruch einer Zeit der Gerechtigkeit und des dauernden Friedens versprochen hat, plötzlich höher an. Die radikale englische Presse führt gegen die Konferenz allmählich eine Sprache von beschwörendem Ernst, den man auch in Paris hören müßte, wenn man dort gegenüber der Stimme der Vernunft nicht gerade taub ist. Die italienischen und neuerdings auch die französischen Sozialisten fordern gegen offen zum Kampfe gegen die imperialistische Cellodemokratie des Bürgertums auf, und in denjenigen Schichten der französischen und italienischen Bürger, die noch einen Sinn haben für das, was diese Stunde fordert, kommt der Unmut über die Verblendung der Pariser Machthaber immer unverhohlener zum Ausdruck. Ein Warnungssignal von besonderer Bedeutung, das, so sollte man meinen, in seinen grellen Farben unmöglich übersehen werden kann, ist es, wenn sogar die Turiner „Stampa" in einem Leitartikel „Europa am Scheidewege" in eindringlichem Tone noch einmal die Gefahren aufzeichnet, die bei einer Fortsetzung des bisher von den Ententeregierungen eingehaltenen Kurses Europa und der ganzen Welt drohen.

Der Grundfehler der alliierten Regierungen, so schreibt das Blatt, sei es, daß die im Namen der demokratischen Ideale einberufene Friedenskonferenz gegen die ihr gegen Völker von der Erörterung ausschließt, auf deren Kosten man die Neugestaltungen schaffe. Man gründe ein zwischen Rußland und Deutschland liegendes neues Polen, ohne eine der beiden am meisten beteiligten Nationen zu befragen. Man erweitere Rumänien auf Kosten Ungarns und Rußlands, unbekümmert um deren etwaige Proteste. Man ändere die Kartes des einstigen Oesterreichs und habe dabei kein anderes als nur das eigene Interesse im Auge. Wer erinnere sich noch an die während des Krieges großartig verkündeten Grundsätze? „Sie waren eine Kriegswaffe. Den Schaden haben jene Völker, die darauf vertrauten und nun, da sie dem Tode statt dem Leben anheimgegeben werden, drängen sie zur einig noch erreichbaren Waffe, der Rebellion, nicht weil sie davon Besserung erwarten, sondern aus Rache. Die ungarische Revolution ist lediglich das Vorspiel dessen, was sich in ganz Mitteleuropa abspielen wird, wenn es so weiter geht".

Bei solchen Aussichten scheint dem großen liberalen Blatte nur eine Lösung möglich, die Schaffung eines wirklichen europäischen Staatenbundes. Keine Zeit wäre so günstig wie die jetzige, um das Ziel zu erreichen. Das internationale Proletariat und der intelligente Teil des Bürgertums verlange danach. Dagegen seien nur die Staatsminister, die den Krieg gewollt hätten und die heute in den feierlichen Kathern gewiß nicht zum Vorteil Europas noch am Ruder seien. Wilson komme einem wie ein Betrogener vor, ein Opfer der eigenen Zugeständnisse, die er nicht mehr zurückziehen könne.

„Der Frieden", so schließt die „Stampa", darf keine Vorherrschaft errichten. Er muß die Einigung aller Parteien sein. Die erste Bedingung dazu ist aber die Teilnahme Deutschlands und Rußlands an den Konferenzverhandlungen. Nur durch die freie Diskussion unter Gleichberechtigten kann das Recht triumphieren."

* * *

Haag, 2. April. Die radikale englische Wochenschrift: „Nation" veröffentlicht einen Artikel, in dem es heißt: Wir stehen am Vorabend eines zweiten großen Krieges. Die Flammen umhüllen bereits Europa, und doch würden die Brandstifter wie Churchill und Pichon nie gern höher schauen lassen. Es hätte ein gemeinschaftlicher Vorteil unternommen werden sollen, um den Brand einzudämmen; er hätte vor allem von Lloyd George ausgehen können wenn er von vornherein die Partei Wilsons gewählt und die englisch-amerikanische Politik auf die Grundlage eines Versöhnungsfriedens gestellt hätte. Wenn er Frankreich und Italien entgegen geordert hätte, diese Partei zu wählen, und die wenige Bündnisgenossenschaft davon abzuhängen gemacht hätte, dann wäre alles in Ordnung gekommen. Zweifellos sieht Lloyd George jetzt den Ruin, den die eingeschlagene Politik bringen wird, und würde gern Wilsons Partei wählen, um dem Unheil zuvorzukommen.

Der Artikel bedont, daß nur die Arbeiterpartei helfen könne. Sie habe sich bereits gegen die Pläne einer Intervention in Rußland gewendet. Pichons Rede habe gezeigt, daß der Kampf begonnen habe und man könne voraussehen, wie er endigen werde.

Die Erregung über die Freisprechung Villains.

Bern 2. April. „Humanité" veröffentlicht aus ganz Frankreich u. a. auch von den Pariser und Seinegemeinschaften Protestberichte und Zuschriften über den Freispruch Villains, der ungeheure Unzufriedenheit und Verstimmung in der französischen Arbeiterschaft zur Folge gehabt hat.

Die „Föderation de la Seine" erklärt in einer Resolution, der Freispruch Villains sei inspiriert von Haß und Furcht vor dem Proletariat und bedeute die Aufforderung zum Bürgerkrieg. Die „Fédération" benutzte ihren Ausdruck, mit den Syndikalisten die sofortigen Folgerungen ineraus zu besprechen.

„Het Volk" nennt Villains Freispruch einen merkwürdigen Beschluß der politische Propaganda kennzeichne die dem Mörder Jaurès die Waffe in die Hand gedrückt habe, die wahren Schuldigen gelte und über sie das Urteil fälle schwerer als es jemals Villain hätte treffen können. Von den Richtern Villains hätte man mindestens verlangen können, daß sie dem einfachsten Recht seinen Lauf gelassen hätten statt dessen hätten sie durch den Freispruch Villains Jaurès noch einmal töten wollen.

Verhandlungsbeginn in Spaa.

Fochs Ankunft.

Marschall Foch ist heute vormittag um 8 Uhr 20 Min. im Sonderzug mit seinem Generalstab in Spaa eingetroffen. Er hatte zunächst eine längere Unterredung mit dem Vorsitzenden der französischen Kommission in Spaa, General Nudant, der mit einer größeren Anzahl französischer und englischer Offiziere am Bahnhof erschienen war. Der Sonderzug des Marschalls Foch, dessen Ehrenwache nur aus französischen Soldaten zusammengesetzt ist, steht auf dem Geleise gegenüber dem Sonderzug des Reichsministers Erzberger. Die Verhandlungen haben heute vormittag begonnen.

Die Ausbeutung Elsaß-Lothringens.

R. **Basel**, 2. April. (Eigene Drahtmeldung) In einem Interview eines Vertreters des „Journal" mit dem neuen Oberkommissar für Elsaß-Lothringen, Millerand, erklärte dieser u. a., daß hinsichtlich der religiösen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen der bisherige Zustand beibehalten werde. Nach der Unterzeichnung des Friedens werde das Parlament die künftige Regelung im Einvernehmen mit den gewählten Vertretern vornehmen. In sozialer Hinsicht sollte ebenfalls der Stand der deutsch-Gesetzgebung aufrecht erhalten bleiben. Die wirtschaftlichen Hilfsquellen würden einer sehr umfassenden Prüfung unterworfen werden, und die ungeheuren Reichtümer des Landes würden zur Hebung der wirtschaftlichen Lage Frankreichs beitragen. Um die Frage der Einzuwandernden aufzuklären, möchte man auf die Mithilfe der einheimischen Bevölkerung. (Diese letzte Bemerkung soll wohl nichts anderes heißen, als daß man wie bisher allen niederen Leuten gegen die Eingewanderten freien Lauf lassen will. — Die Schriftleitung.)

Nach England in See gegangen.

Folgende Dampfer sind, wie die deutsche Waffenstillstandkommission mitteilt, am 1. April nach England in See gegangen: Von Bremerhaven: die Dampfer „Aurora", „Bremen", „Königin Luise", „Idora" und „Getuet". Von Flensburg: „Aum", von Hamburg: „Wachtfels".

Fett und Heringe aus Norwegen.

Christiania, 3. April. Die Mitglieder der Kommission, die nach London und Paris gesandt worden ist, um über den Export der Staatslager von Fett und Fischen zu verhandeln, teilen mit, daß sie die Erlaubnis zur Ausfuhr an die Zentralmächte von 10 000 Tonnen Speisefett und so großer Mengen Heringe erhielten, wie sowohl die englischen als auch die norwegischen Staatslager ausführen können. Die Heringe sind bar zu bezahlen. Für Heringsöl wurde keine Ausfuhrgenehmigung erlangt.

Bevorstehende Arbeitsaufnahme im Ruhrrevier?

R. **Essen**, 3. April. (Eigene Drahtmeldung) **Die Streikbewegung im Ruhrrevier weist am Donnerstag früh eine weitere, aber verhältnismäßig geringe Zunahme der Zahl der Ausständigen auf. Die vorliegenden Anzeichen deuten darauf hin, daß auf mehreren Zechen heute oder morgen die Arbeit freiwillig wieder aufgenommen werden wird.**

(Siehe auch Seite 3.)

Smuts in Ungarn.

London, 2. April. Reuter meldet amtlich: General Smuts reist nach Ungarn, um die von dem Waffenstillstand sich ergebenden Probleme zu untersuchen, da der Oberste Rat hierüber nähere Informationen wünscht.

Der Kampf um Finnlands Selbständigkeit.

St. **Helsingfors**, 3. April. (Eigene Drahtmeldung) Der amerikanische Lebensmittelkontrolleur Mr. Swensson verließ gestern Finnland. Auf einem ihm zu Ehren von der Regierung gegebenen Abschiedsessen äußerte er unter anderem: Finnlands Kampf im vorigen Winter war in vollem Maße ein Kampf für das Recht, der das Mitgefühl aller rechtsdenkenden Menschen verdient. Swensson sprach die Hoffnung aus, daß es nicht lange dauern werde, bis die Friedenskonferenz die Selbständigkeit Finnlands anerkennen würden.

Das neue finnische Landtagspräsidium.

St. **Helsingfors**, 3. April. (Eigene Drahtmeldung) Das neugewählte Landtagspräsidium besteht aus: Relander (Agrarier) Präsident, Kotonen (Sozialist) erster Vizepräsident, Virtunen (Sammlungspartei) zweiter Vizepräsident.

Die Aussicht für die Bildung einer bürgerlichen Blockregierung aus Agrariern und Vertretern der Fortschritts-Sammlungspartei scheint zu steigen. „Suomen Socialidemokrati" droht, daß die Arbeiterschaft den Glauben an parlamentarische Mittel verlieren wird, wenn der Landtag ihre Erwartungen nicht erfüllt.

Wiederaufnahme der amerikanisch-österreichischen Handelsbeziehungen.

Washington, 2. April. (Reuter.) Das Kriegshandelsamt hat in Uebereinstimmung mit den alliierten Nationen Erlaubnis gegeben, am 9. April den Handel mit Deutsch-Oesterreich wieder aufzunehmen.

Ende des Stuttgarter Generalstreiks.

Eigene Drahtmeldung.

W. **Stuttgart**, 3. April.

Im Laufe des gestrigen Mittwochs ist es nach dem amtlichen Bericht der Staatsregierung im Bezirk Ostheim und in Cannstatt zu Kämpfen gekommen. In Ostheim wurde eine Patrouille von 8 Mann überfallen. Ein Mann blieb mit zerschnittener Kehle tot liegen, ein zweiter wurde durch einen Schuß in das Auge so schwer verletzt, daß sein Zustand hoffnungslos ist. Die weiteren sechs Leute sind spurlos verschwunden. In Untertürkheim konnten sich die Spartakisten eines Lagers mit Handgranaten bemächtigen. Der Besitz dieser Waffen hat in Cannstatt zu mehrfachen Kämpfen geführt. Eine Patrouille wurde von angreifenden Führer schwer verletzt, später wurde auch ein Panzerautomobil überfallen, wobei es Tote und Verwundete gab, außerdem eine fahrbare Festküche, deren Begleitmannschaft aber die Angreifer abschlug. Bei einer Schießerei am Abend in der Langenstraße in Stuttgart blieben zwei Mann tot. Die Stellung der Regierung ist nach wie vor unerschüttert. Sie ist Herrin der Lage und wird mit fester Hand Ordnung schaffen. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde eine Anzahl spartakistischer Führer in Haft genommen. Sämtliche Stuttgarter Truppen stehen treu zur Regierung. Man darf hoffen, daß am morgigen Freitag in einer Reihe von Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen wird. In diesem Falle könnte auch das Verkehrswesen den Betrieb wieder aufnehmen. Im übrigen hat der Generalstreik auch auf Eßlingen, Göppingen, Ludwigsburg, Ravensburg und Friedrichshafen übergegriffen, doch sind in diesen Städten nennenswerte Störungen gestern nicht vorgekommen. Der zweite Bolschewistenbund, der Mechaniker Teufel, unternahm auf den Automobilführer einer Fabrik einen Mordversuch, wobei letzterer schwer verletzt wurde. Nach neuerer Feststellung sind die Dienstag abend 4 oder 5 Personen getötet und 12 bis 15 verwundet worden. Die Zahl der Toten und Verwundeten die Mittwoch abend ist infolge der scharfen gewordenen Kämpfe erheblich gestiegen, steht aber noch nicht fest.

Die Regierung teilt in Flugblättern, die sie heute vormittag verbreiten läßt, mit, der Generalstreik sei mit der Verhaftung der Spartakusführer zusammengebrochen. Die Regierung habe von ihren bisherigen Machtmitteln nur zurückhaltenden Gebrauch gemacht, werde aber nunmehr ihre Maßregeln zur Wiederherstellung der Ordnung rücksichtslos durchführen. Das Verbrechertum fange an, in der Aktion hervorzutreten; hinterlistiger Meuchelmord und bestialische Verstümmelung seien die Waffen, mit denen Spartakus seinen „friedlichen" Generalstreik in Stuttgart führe. Die Regierung habe den festen Willen, die Stadt vor Ereignissen wie in Berlin und anderen Orten zu schützen. Die Einwohnerschaft wird aufgefordert, sofort wieder an die Arbeit zu gehen. Gegen Widerstrebende werde mit aller Schärfe des Gesetzes vorgegangen.

Japans Programm.

Eigene Drahtmeldung.

R. **Basel**, 2. April.

Nach einer Havasmeldung aus Tokio erklärte im Landtag der Minister des Aeußern, Uchida, in Beantwortung einer Interpellation, die Regierung sei um die Aufhebung der gesetzlichen Verordnungen, die auf die Rassenunterschiede begründet sind, bemüht, um so die Verwirklichung des Völkerbundes zu sichern. Der Minister fügte hinzu, daß Europäer halten über Forderungen Japans auf der Friedenskonferenz, namentlich in der Schantungfrage, jetzt noch nicht veröffentlicht werden könnten. Die Kommission für den Völkerbund nahm im Prinzip die Verwaltung der deutschen Kolonien im Südens des Stillen Ozeans durch einen Mandatar an, ein endgültiges Abkommen wurde jedoch nicht getroffen.

Die große Unterstützung, die Japan dem Völkerbund angedeihen lasse, wie die englisch-japanische Allianz werden noch schädigen; Japan hat keineswegs die Absicht, diese Allianz aufzulösen. Die Regierung wird in der Frage der internationalen Arbeitergesetzgebung mit der größten Vorsicht vorgehen. Der Minister gab dann längere Erklärungen bezüglich der in China organisierten Armee, die mit den japanischen Truppen zusammenarbeiten wird, um die an der russischen Grenze möglicherweise entstehenden Unruhen zu unterdrücken. Diese Armee darf nicht von den japanischen Behörden gegen die Chinesen im Süden verwendet werden. Die Waffenlieferungen an China werde als zum Schluß der Friedenskonferenz eingestellt. Die Politik Japans will zwischen Nord- und Südchina eine Lösung herbeiführen.

Der Aufruhr in Aegypten.

Kairo, 31. März. (Reuter.) (Amtlich.) Die Eisenbahnlinien nördlich von Kairo wurden wieder hergestellt. Großer Aufruhr herrscht noch in den fern von den Verbindungslinien liegenden Gebieten. Viele Bahnhöfe sind zerstört.

Polnische Anmaßung.

Eigene Drahtmeldung.

Bromberg, 3. April.

Der polnische Volksrat der Stadt Posen sandte an den Präsidenten Wilson ein Telegramm, in dem es u. a. heißt:

„Die Stadt Danzig gehörte bis zum Jahre 1793 zu Polen und seine Bevölkerung sah immer eben in der Zugehörigkeit zu Polen die Gewähr für eine günstige wirtschaftliche Entwicklung. Wie sich überzeugt, daß auch die jetzige friedliche Bevölkerung Danzigs mit Ausnahme einiger eingewanderter Deutschnationalen nur von dem Anschluß an das polnische Polen eine glückliche Zukunft für die Stadt erhoffen kann. Berücksichtigt man ferner die Lage Danzigs in einer ethnographisch unbestreitbar polnischen Gegend, dann muß als ausgeschlossen gelten, daß der Anschluß Danzigs an Polen eine deutsche Irredenta zur Folge haben könnte. Wie Polen sich nicht in der wünschenswerten Weise entwickeln kann, wenn ihm Danzig vorenthalten bleibt, so ist auch für die Entwicklung Danzigs, das an der Mündung der polnischen Weichsel liegt, eine enge Verbindung mit Polen Voraussetzung. Für Preußen, das an der Ostsee und an der Nordsee mehrere Häfen besitzt, ist die Beibehaltung Danzigs keine Lebensfrage, Polen aber müßte, wenn ihm jetzt der einzige natürliche Zugang zum Meere vorenthalten wird, immer danach streben, daß dieses ihm angetane Unrecht wieder gutgemacht werde. Unsere berechtigten Ansprüche auf einen Zugang zum Meer kann durch eine halbe Lösung dieser Frage nicht zum Schweigen gebracht werden. Darum — und weil Polen unbedingt eine unmittelbare von jeder fremden Macht unabhängige Verbindung mit den Demokraten des Westens haben muß — haben wir das feste Vertrauen, daß Sie, Herr Präsident, dem berechtigten Verlangen Polens nach dem Besitz einer eigenen Küste mit Danzig Ihre Anerkennung nicht versagen werden."

Ein Telegramm mit gleichem Inhalt wurde von dem polnischen Volksrat auch an Lloyd George gesandt.

*

Es ist eine Anmaßung des polnischen Volksrates in Posen, wenn er glaubt eine Berechtigung zu haben, über die Meinung der Bevölkerung Danzigs ein derartiges Urteil zu fällen. Es ist unwahr, daß die Bewohnerschaft Danzigs den Anschluß an Polen als eine glückliche Zukunft für die Stadt ansieht. Die Bevölkerung Danzigs ist deutsch, und es ist eine Verdrehung der Tatsachen, wenn es in dem Schreiben des Volksrats so hingestellt wird, als wenn die Polen die Mehrheit der Einwohnerschaft der Stadt bilden. Bewußt unwahr ist es auch, daß Danzig in einer ethnographisch unbestreitbar polnischen Gegend liegt. Der Anschluß Danzigs an Polen würde die Vergewaltigung einer rein deutschen Stadt bedeuten und sicherlich zu schweren Konflikten dauernd führen. Ebenso unzutreffend ist es, daß die Entwicklung Danzigs unter polnischer Herrschaft eine vorteilhaftere sein würde. Danzigs Interessenkreis, soweit er Handel und Schiffahrt angeht, stützt sich in erster Linie auf das deutsche Hinterland. Der Handel Polens würde auch gesichert sein, wenn dem polnischen Staate die Garantie gegeben würde, daß er seine Ein- und Ausfuhr ungehindert über das deutsche Danzig leiten kann. Das ganze Schreiben bedeutet eine Anmaßung sondergleichen. Man wird auch in Amerika und in England erkennen müssen, daß die hier gemachten Angaben absichtlich gefärbt sind in polnischem Sinne. Es heißt Wilson und Lloyd George doch zu wenig Urteilskraft zutrauen, wenn man ihnen zumutet, solche polnischen Entstellungen als den Tatsachen entsprechend hinzunehmen.

Die englische Presse zu den Streikfragen.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" läßt sich am 29. März aus London berichten: Die öffentliche Meinung in England erkennt allmählich die Gefahr einer allgemeinen Apathie, wenn jene Art von Frieden zustande kommt, wie er in Paris gemacht wird, und die liberale Presse nimmt zu einer Ansicht von Frieden, über die jetzt beraschlagt wird, eine entschiedenere Haltung ein.

Man klagt, wie der „Manchester Guardian" sagt, über den langsamen Fortgang der Friedensverhandlungen, aber die wirkliche Gefahr liege doch nicht in der Verschleppung wenn es wirklich ein guter Friede wird, sondern darin, daß er durch das Hinausschieben ein schlechter Friede wird.

Die Wochenschrift „New Europe", die immer besonders für die nationalen Ansprüche der Ostvölker eingetreten ist, sagt: Danzig wird Polen zugewiesen werden müssen; denn wenn dies auch ein Uebel ist so ist es doch ein kleineres als ein deutsches Polen. Es muß aber dabei darauf gesehen werden, daß so wenig Deutsche als möglich von Deutschland losgetrennt werden.

Im „Manchester Guardian" steht ein ausgezeichneter Brief von Dawson, dem bekannten Verfasser des Buches über das deutsche Deutschland. Er hat den Brief nicht als Freund Deutschlands geschrieben, sondern weil er glaubt daß eine kurzsichtige Politik der Gewalt und der Rachsucht sächsischer für die Entente schlägt und die ganze Welt nachteilig wäre. Er warnt das englische Publikum vor den Stimmen, die Deutschland wirtschaftlich erwürgen, und also deutsches Land wie das linke Rheinufer und Teile von Schlesien und Ostpreußen, lostrennen wollen. Solche Absichten würden den Frieden zu einer Farce machen, unausrottbare Feindschaft säen und einen neuen Krieg den Weg bereiten. So wäre es 1871 mit Frankreich gegangen; warum solle es 1919 mit Deutschland anders sein? — Der „Manchester Guardian" legt in einem Kommentar zu diesem Brief Nachdruck auf die Möglichkeit, eine die Beteiligte Regelung zu finden auf der Grundlage eines Danziger Freihafens, sowie der freien Weichselschiffahrt, die durch die Mächte garantiert werden müßte. Man müsse Polen rundheraus erklären, daß es in diesem Falle keine Bevorzugung vor anderen binnenländischen Staaten wie der Schweiz und der Tschecho-Slowakei beanspruchen könne, und daß es mit seinen neuen Ambitionen keine Möglichkeiten gewährleistet für andere schaffen und so den Frieden bedrohen dürfe.

Der Korrespondent der „Westminster Gazette" will von hoher und bedeutungsvoller Seite erfahren haben, daß die britische Delegation auf der Konferenz ihren ganzen Einfluß für einen mäßigen Frieden und für Mäßigung einsetzt. Derselbe Korrespondent hat weiter: „Ich höre aus zuverlässiger Quelle, daß die Vertragsentwürfe, die von Lloyd George aufgestellt sind und als Grundlage der Beratungen dienen sollen, durchweg in einem Geiste versöhnlicher Mäßigung gehalten sind, so daß man den Entwurf gewiß als den Vertrag ansehen darf, aber auch dauerhaft sein wird. Das Argument daß für die Dummen alles gut genug ist", wird als trügerisch und gefährlich hingestellt. Der Friede muß streng sein, aber die größte Sorge wird darauf ver-

wankt werden. Deutschland nicht in die Situation vor Ungarn zu treiben; darum wird auch der polnischen Frage so großes Gewicht beigelegt. Lloyd Georg beschwerte sich über den Plan, zwei Millionen Deutsche an Polen zu geben, und er hat seinen ganzen Einfluß angewandt, diese Zahl und das abgetretene Gebiet zu verkleinern.

„Zweifellos", so schließt das holländische Blatt, „sind ehrgeizige und imperialistische Ideen am Werk, aber es ist gut, zu wissen, daß der britische Einfluß sich jetzt restlos gegen aufgedrungene Ansprüche zur Wehr stellt."

* * *

Im Widerspruch zu der in der „Westminster Gazette" geschilderten Haltung Lloyd Georges steht es, wenn der „Daily Chronicle", das Blatt Lloyd Georges, nach einer W. T. B.-Meldung aus Rotterdam vom 2. April verlangt, daß Danzig den Polen ausgehändigt werden müsse. Eine Neutralisierung des Hafens wäre nach der Ansicht des Blattes ein Fiasko. Es würde nicht dabei stehen bleiben, denn der Hafen sei für Polen zu wichtig. Die Stabilität des Völkerbundes werde von einem einigermaßen sicheren Gleichgewicht der europäischen Kräfte abhängen, und ohne ein von Deutschland unabhängiges Polen könne ein solches Gleichgewicht nicht bestehen.

Forschreitende Annäherung?

S. Haag, 2. April. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt „Daily Chronicle", das Blatt Lloyd Georges, aber die Dienstag fällige des Viererrats: Was die Frage der Rheinlande anbelangt, so scheint darin eine gründliche Annäherung zwischen den widerstreitenden Interessen erzielt worden zu sein. Man dürfte nunmehr einen Ausweg gefunden haben, indem man das Rheinland gänzlich entmilitarisiert und das Saargebiet wirtschaftlich den Franzosen überlassen werde, ohne daß es in den Besitz des Landes selbst gelangt.

Die „Central News" melden aus Paris, das Barometer der Friedenskonferenz stehe heute auf Schön-Wetter. Es herrsche heute eine Atmosphäre von Optimismus in Konferenzkreisen. Lloyd George habe sich entschlossen, in Paris zu bleiben, bis die Friedensbedingungen fertiggestellt seien, was als günstiges Zeichen aufgefaßt wird. Frankreich beginnt jetzt eine verständige Haltung einzunehmen und man erwartet einen Kompromiß in territorialer und finanzieller Beziehung. In der polnischen Frage scheint man nunmehr ebenfalls zu einer Lösung gekommen zu sein. „Daily Chronicle" berichtet, daß der Ministerrat beschlossen habe, die Mission des Generals Haller nach Danzig aufrechterhalten. Foch soll dafür sorgen, daß keine Unregelmäßigkeiten vorkommen.

Eine Entschließung der Deutschen Friedensgesellschaft.

Die Deutsche Friedensgesellschaft faßte folgende Entschließung gegen einen Frieden der Vergewaltigung.

Durch das deutsche Volk geht eine Welle tiefer Beunruhigung über die harten Bedingungen, die nach den immer bestimmter auftretenden Nachrichten Deutschland im Vorfriedensvertrag auferlegt werden sollen.

Die Deutsche Friedensgesellschaft ist sich bewußt, welche Schuld die früheren Gewalthaber Deutschlands am Ausbruch und an der Fortdauer des Krieges haben, und sie ist sich nicht im unklaren darüber, daß viele, die sich jetzt über das Gebaren der Gegner Deutschlands entrüsten, damals, als die deutsche Militärherrschaft ähnlich verfuhr, durch Schweigen oder Beifall ihre Zustimmung ausgesprochen oder auch für den künftigen Friedensschluß eine ähnliche Vergewaltigung fremder Völker gefordert hätten. Aber sie weiß auch, daß sich in Zeiten glänzender deutscher Siege eine große Zahl ihrer Mitgenossen entschieden gegen Annexions- und Unterdrückungsgelüste der deutschen Machthaber gewandt und, soweit es unter der Herrschaft der Zensur möglich war, öffentlich protestiert hat.

Heute tritt die Betrachtung der Schuldfrage zurück gegenüber der alles überragenden Notwendigkeit, auf dem Trümmerfeld Europas eine neue Welt der Ordnung aufzurichten. Dies ist aber nur möglich auf dem Boden der Gleichberechtigung. Diesem Gedanken entsprechen die von Deutschland, aber auch von Europa anerkannten Grundsätze Wilsons, insbesondere die 14 Punkte des Programms vom 8. Januar 1918. Ihre Mißachtung von Seiten der Sieger wäre nicht allein für Deutschland verhängnisvoll, sie würde auch jede Hoffnung auf Wiederaufbau und dauernden Frieden vernichten, müßte zum völligen Zusammenbruch Europas führen und die schlimmsten Folgen für die ganze Menschheit zeitigen.

In dieser Stunde wendet sich daher die Deutsche Friedensgesellschaft, zugleich als Volksrecht der Gefühle der neuen Deutschlands, an die Einsicht und das Gewissen der Völker. Sie sind verpflichtet, alles aufzubieten, damit dem entsetzlichen Wahnsinn des letzten Jahrfünfts endlich ein Abschluß folge, der auf der Gleichberechtigung aller Völker beruht und daraus allein dauernden Frieden verheißt.

Die Judenfrage auf der Friedenskonferenz.

Der Weltkrieg hat die Judenfrage in ihrer internationalen Bedeutung immer stärker hervortreten lassen. Auf der Friedenskonferenz wird neben der Frage der Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina auch die der Sicherung der nationalen Rechte der jüdischen Minoritäten in Osteuropa behandelt werden. Wir haben angesichts der politischen Reichweite dieser Angelegenheiten Gelegenheit genommen, mit Herrn Hermann Struck, der von der deutschen Regierung als Sachverständiger für den genannten jüdischen Fragenkomplex hinzugezogen worden ist, eine Unterredung herbeizuführen.

Herr Struck führte im wesentlichen folgendes aus: Wenn mir von der deutschen Regierung der ehrenvolle Auftrag zuteil geworden ist, als Sachverständiger bei Beprechung der jüdischen Angelegenheiten auf der Friedenskonferenz für die deutsche Delegation zu dienen, so glaube ich, das auf zwei Gründe zurückführen zu dürfen. Einmal habe ich in den ein und einhalb Jahren meiner Tätigkeit als Referent für die jüdischen Angelegenheiten in der politischen Abteilung des Oberbefehlshabers Ost Gelegenheit gehabt, mich eingehend mit der Lage und den Wünschen der ostjüdischen Massen und den sozialen, kulturellen und nationalen Gründen der ostjüdischen Frage vertraut zu machen. Sodann darf ich mich gewissermaßen als Exponent einer vor etwa drei Monaten gewählten Kommission betrachten, die in ihren Mitgliedern die hauptsächlichsten Richtungen des deutschen Judentums in sich vereint: Herrn Geh. Justizrat Fuchs als Vertreter der im „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" zusammengefaßten nationaldeutschen Juden, Herrn Rabbiner Dr. Pinchas Kohn als Repräsentanten der strengen Orthodoxie und Herrn Richard Lichtheim, den langjährigen Vertreter der zionistischen Organisation in Konstantinopel. Ich möchte im übrigen von vornherein betonen, daß die deutsche Regierung sich zur Berufung eines jüdischen Sachverständigen und zur aktiven Teilnahme an den Besprechungen des internationalen jüdischen Problems, trotzdem für die 600 000 deutschen Juden eine eigentliche nationale Frage nicht vorliegt, in den Ländern jüdischer Massensiedlung existiert, nicht nur deshalb entschlossen hat, weil die maßgebenden englisch-amerikanischen Kreise großen Wert auf die Lösung der jüdischen Frage in einem Sinne legen, der den in der jüdischen Kongreßbewegung der verschiedenen Länder in den letzten Kriegsjahren einheitlich zum Ausdruck gekommenen Programmpunkten der jüdischen Massen entspricht. Vielmehr herrscht in der Reichsregierung die Ueberzeugung vor, daß das neue Deutschland dort nicht fehlen darf, wo durch Zusammenwirken der Mächte zum ersten Male der Versuch gemacht wird, das tragische Geschick eines alten, von unendlichen Leiden heimgesuchten Kulturvolkes zu wenden, wie es der historischen Gerechtigkeit, den elementaren Lebensbedürfnissen dieses Volkes und nicht zuletzt auch den Interessen der Länder entspricht, in denen Juden in größeren Mengen wohnen.

Was zunächst die Stellung zu einem jüdischen Palästina betrifft, so hat, nachdem schon im vorigen Frühjahr Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen im Namen des Auswärtigen Amtes, allerdings mit der damals gebotenen Rücksichtnahme auf die türkischen Interessen, das palästinensische jüdische Kolonisationswerk der Sympathien der deutschen Regierung versichert hatte, auch die neue Regierung keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie in der Frage der Errichtung der menschenarmen Landes durch Juden, die es einer neuen wirtschaftlichen Blüte entgegenführen können und dabei in der Lage sind, ihre Eigenkultur wieder zu entwickeln, ein Ziel sieht, das den deutschen Interessen in keiner Hinsicht zuwiderläuft. Ich halte es für selbstverständlich, daß es in dem jüdischen Palästina keine Einwanderungsbeschränkungen für deutsche Juden geben wird, denn den jüdischen Interessen wird nur dann wirklich gedient, sein, wenn die in Palästina erstrebte geistige und nationale Zentrale auch in der Tat von der gesamten Judenheit in ungeschränkem Zusammenwirken aufgebaut werden darf und so keine innere Spaltung in sie hineingetragen wird.

Für die bürgerliche Gleichberechtigung der Juden und des Judentums in allen Ländern der Welt wird sich die deutsche Republik uneingeschränkt einsetzen können. Es erscheint mir auch zweckmäßig, die von jüdischer Seite erhobene Forderung zu verschieben, daß der Völkerbund, der ja mindestens ebenso wie der Verfassungsausschuß der einzelnen Staaten, die hier in Betracht kommen, zweckentsprechende Bestimmungen zur Sicherung der jüdischen Minoritätsrechte einfügen wird, auch eine internationale Kommission einsetzt, die darüber wachen wird, daß diese Bestimmungen nicht wie vordem in Rumänien auf dem Papier liegen bleiben. Mit der Internationalisierung der Judenfrage durch den Völkerbund und die generelle Festlegung der jüdischen Rechte in den Ländern jüdischer Massensiedlung und überall dort, wo sie von der Mehrheit der jüdischen Bevölkerung verlangt werden würde auch der Einwand gegen die Tätigkeit dieser Kommission entfallen, den früher Rußland und Rumänien erhoben, wenn bei ihnen von anderen Mächten interveniert wurde. Denn dann kann es sich der Natur der Sache nach um ein nicht autorisiertes Eingreifen einer fremden Macht in die inneren Verhältnisse eines anderen Landes nicht mehr handeln.

Auf die Frage, was im einzelnen unter den nationalen Rechten der Juden in den einzelnen Ländern zu verstehen sei, erwiderte Herr Struck, daß es sich in den Ländern jüdischer Massensiedlung um eine nationale Autonomie handeln müsse, wie sie nationale Minoritäten als Anwendung des Grundsatzes der Selbstbestimmung auf Basis der von dem deutschösterreichischen Staatskanzler Renner aufgestellten Leitsätze beanspruchen. Dieses Prinzip würde für Länder wie Litauen und die Ukraine (in denen es zum Teil schon verwirklicht ist), Ostgalizien und Großrußland, entsprechend den Forderungen der dortigen Judenschaft durchzuführen sein. Für andere Länder, wie Polen, Tschechoslowakien und Jugo-Slavien würde voraussichtlich die kulturelle Autonomie in Betracht kommen, die unter allgemeiner Staatsaufsicht u. a. die Freiheit für das Erziehungswesen, eigene Volksschulen, Mittelschulen, Fachschulen usw. verbürgt, die entweder durch direkt Unterstützung der Staatsregierung unterhalten werden oder denen ein entsprechender Abzug bei Zahlung der allgemeinen Staatssteuern der Juden von diesen zugewendet werden dürfte. Ferner gehörten hierzu Garantien für die Freiheit in der Heilighaltung des Sabbats und der Feiertage und für die Ausübung der Arbeit an allen anderen Tagen. In den Ländern Kümerer jüdischer Siedlung, also in Deutschland, Westeuropa usw. ist die kulturelle Autonomie (Freiheit der Erziehung in jüdischen Schulen und die Ermöglichung des religiösen Lebens) bereits gewährleistet.

Diese gesamten Forderungen der Juden der verschiedenen Kulturkreise können, so schloß Herr Struck, von dem modernen Deutschland durchaus unterstützt werden. Die Judenheit aller Länder wird mit Dank und Sympathie davon Kenntnis nehmen, wenn Deutschland seinen moralischen Einfluß dafür einsetzt, das Programm der nationalen Wiedergeburt des jüdischen Volkes im Rahmen des Völkerbundes seiner Verwirklichung entgegenzuführen.

Amerikanische Truppen weigern sich.

London, 2. April. (Reuter.) Unterhaus. Webwood fragte, ob es richtig sei, daß amerikanische Truppen in Sibirien sich geweigert hätten, an einem Gefecht gegen ausländische Russen in der Nähe von Blagowetschensk teilzunehmen, und wenn ja, aus welchem Grunde. Ferner fragte Webwood, ob britische Truppen zu derartiger Kriegführung verwandt würden. Unterstaatssekretär Harmsworth entgegnete: Die erste Frage ist mit „Ja" zu beantworten. Der Offizier, der die Amerikaner kommandierte, gab als Grund an, daß die Streitkräfte, welche japanische Truppen angriffen, möglicherweise aus ausländischen russischen Bauern bestehen könnten, die kürzlich die Bolschewisten angeworben hätten. Britische Truppen sind bisher nicht gezwungen worden, zum Mittel der Unruhen zu unterdrücken. Sie werden aber mit den anderen alliierten Streitkräften, einschließlich der Amerikaner, bei der Aufrechterhaltung der Ordnung in den Gebieten, wo sie stehen, zusammenwirken. Auf eine weitere Anfrage erwiderte Churchill, in dem erwähnten Falle handelte es sich zweifellos um eine starke, wohlbewaffnete Bolschewistenbande.

Harmsworth verlas eine Reihe von Telegrammen Allenbys über die Lage in Aegypten und fügte hinzu, den Telegrammen zufolge scheine die Herstellung von Gesetz und Ordnung in Aegypten nur eine Frage der Zeit zu sein.

Finnlands Versöhnung mit der Ukraine.

St. Helsingfors, 3. April. (Eigene Drahtmeldung.) Nach „Rußkija Wjedomosti" ist im Anschluß an die Forderung des Verbandes, daß Petljura seine aktive politische Tätigkeit einstelle, in Direktoriatskreisen die Frage der Verföhnung mit der ukrainischen Rätoregierung erneut in den Vordergrund getreten. Nach dem Sturz Skoropadskis in Kanitja Beratungen zwischen Vertretern der ukrainischen Sozialdemokrate und Bundisten wirken in gleicher Weise und können in beliebigen Mischungsverhältnis vorhanden sein, ebenso Uranium, Thorium und Radium. Nicht aber gilt das selbe für Mischung von Letzterem dieser beiden Reihen: viel mehr beim Mengen, welche für sich allein gleich gut die Berührtätigkeit in Gang setzen, wie normaler Kaliumgehalt, sich in ihrer Wirkung völlig auf; das Herz steht still, als ob gar kein radioaktiver Körper in der Speiseflüssigkeit zugegen wäre, und es bedarf eines Ueberdusses der einen Art in genügender Größe, um die Zusammensetzungen wieder in Gang zu setzen.

Wie geht das an? Man weiß, daß es verschiedene Arten von Strahlen sind, die von den radioaktiven Stoffen ausgesendet werden. Von den nicht weit durchdringenden, nur in nächster Nähe genügend wirksamen Strahlenarten leidet das Kalium nur sogenannte Beta-Strahlen aus, die, wie die wohlbekannten Kathodenstrahlen, aus negativen Elektrizitätsteilchen, sogenannten Elektronen, bestehen. Das Uranium und Thorium sowie das Radium, seine Emanation und das Polonium dagegen senden sogenannte Alpha-Strahlen aus, die aus positiv elektrisch geladenen Teilchen des Elements Helium bestehen, in welche Atome jener radioaktiven Elemente zerfallen. Daß die biologische Wirkung der Alpha- und Beta-Strahlen sich gegen einig anderes, konnten unsere Forscher neuestens direkt nachweisen: beide Strahlenarten haben das Wachstum von Spaltpilzen auf. Das läßt sich am Platz enkulturen von Leuchtbakterien, die man im eigenen Lichte photographieren kann, sehr schön zeigen. Wurden aber durch eine besondere Vorrichtung die von einem Poloniumpräparat ausgesendeten Alpha-Strahlen und die von einem Mesothoriumpräparat ausgesendeten Beta-Strahlen auf eine und dieselbe Stelle der Platlenkultur gerichtet, so wuchsen hier die Bakterien ungehindert.

Dieser Antagonismus, der sich auch genauer messend verfolgen ließ, wurde noch bei einer Reihe von anderen Lebensvorgängen wiedergefunden, die durch Kalium hm, die anderen radioaktiven Stoffe aber durch Strahlung von außen beeinflußt werden. Als solche erwiesen sich bis jetzt die Zusammenziehung der Skelettmuskeln, die Zusammenziehung der Ringmuskeln der Blutgefäße unter der Wirkung der Gefäßnerven, die Durchlässigkeit der Blutgefäßwände und die Durchlässigkeit der Niere für bestimmte Stoffe. Endlich aber zeigte es sich, daß die Erregbarkeit des Herzmuskels und seine Beeinflussung durch die herzhemmenden Nervenfasern unter dem Einfluß elektrischer Ströme in ganz bestimmter Weise verändert wird, je nachdem ein Ueberschuß von Stoffen, die Alpha-Strahlen aussenden oder von solchen die Beta-Strahlen aussenden, in der Speiseflüssigkeit vorhanden ist.

Diese wichtigen Beobachtungen lassen kaum eine andere Erklärung zu, als daß es die Uebertragung elektrischer Ladungen ist, und zwar positiver durch die Alpha-Strahlen, negativer durch die Beta-Strahlen, die für diese „radiobiologischen" Wirkungen maßgebend sind. Und zwar nicht nur für diejenigen von außen einwirkender Strahlung, sondern auch für die Rolle, welche die radioaktiven Stoffe im Getriebe der Lebensvorgänge spielen, nämlich in den Muskel- und Nervensystem die reichere Kalium und das in Spuren vielleicht allgegenwärtige Radium oder seine Zerfallsprodukte. Daß die Mineralstoffe im flüssigen Inhalt lebender Gebilde als elektrisch geladene Teilchen (Zonen) anwesend und wirksam sind, ist ja ebenso bekannt, wie daß die Lebenserscheinungen weitgehend von elektrischen Erregungen begleitet sind, die sich mit feinen Meßinstrumenten nachweisen und aufzeichnen lassen. Das neue Gebiet der „Radiobiologie" gewinnt so unmittelbaren Anschluß an die „Elektrobiologie" und es ist wohl von der gemeinschaftlichen Bearbeitung dieser Forschungsgebiete noch mancher Einblick in die Geheimnisse des Lebens zu erwarten.

Die Franzosen im Saargebiet.

Oberbürgermeister Mangold von Saarbrücken hat auf Verfügung des Marschalls Foch sein Amt niedergelegt. Mit ihm ist wieder ein unbeugsam aufrechter deutscher Mann der Willkür der französischen Machthaber zum Opfer gefallen, obgleich er sich im Interesse der Stadt Saarbrücken stets redlich bemüht hatte, in gutem Einvernehmen mit den französischen Besatzungsbehörden zu arbeiten. Der Grund des Vorgehens gegen Herrn Mangold liegt darin, daß er seinerzeit jenen Aufruf der Oberbürgermeister und Abgeordneten der linksrheinischen Gebiete mit unterschrieben hatte, in dem gefordert wurde, daß, falls eine linksrheinische Republik gegründet werden sollte, diese fest im Verbande des deutschen Reichs verbleiben müsse. Der frühere französische Kommandant von Saarbrücken, Oberst Stutz, hatte damals nichts dagegen eingewendet, daß jener Aufruf in der Saarbrücker Presse, genau wie in der übrigen linksrheinischen, veröffentlicht wurde. Sein Nachfolger, General Andlauer, dachte anders über die Sache und setzte zunächst sämtliche Zensoren ab, weil sie die Veröffentlichung nicht verhindert hatten. Dann schritt er gegen Oberbürgermeister Mangold direkt ein. Er machte diesem zum Vorwurf, daß er als leitender deutscher Beamtes des französisch-besetzten Saarbrückens jene Erklärung unterschrieben habe. Der Oberbürgermeister erwiderte darauf, er habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß er selbst, wie die ganze Bevölkerung des Saargebiets deutsch bleiben wolle, und er glaube, daß er dies genau so wie alle anderen Oberbürgermeister des linksrheinischen Gebiets auch in der Oeffentlichkeit erklären dürfe. General Andlauer betonte dagegen, daß es für die französischen Behörden nicht maßgebend sein könne, wenn die englischen und amerikanischen Besatzungsbehörden solche Erklärungen der ihnen unterstellten Oberbürgermeister zuließen. Er legte daraufhin Herrn Mangold eine „Revokation" der Erklärung nahe und erteilte ihm, als diese Zumutung schlicht abgelehnt wurde, den Rat, Urlaub zu nehmen, bis er von dem Oberpräsidenten über der Regierung eine andere Anstellung bekommen habe. Auch diesen Weg erklärte der Oberbürgermeister für unbeschreitbar, da er mehr als 25 Jahre lang von der Saarbrücker Bürgerschaft gewählt sei. Als dann General Andlauer ihn direkt aufforderte, seinen Abschied einzureichen, erklärte der Oberbürgermeister: „Ich würde es als Fahnenflucht ansehen, wenn ich in dieser ernsten Zeit die Saarbrücker Bürgerschaft, die durch deren Vertrauen zu meiner Stellung berufen bin, freiwillig verlassen würde." Demgegenüber schloß der General die Unterredung damit ab, daß er sagte, er werde dem General Mangin die Absetzung des Oberbürgermeisters vorschlagen. Dieser hat lange gezögert, angeblich weil der Absetzungsurkunde noch die Unterschrift des Marschalls Foch fehlte. Jetzt ist die Absetzung des wackeren Oberbürgermeisters von Saarbrücken Tatsache geworden.

Die Behandlung unserer Kriegsgefangenen in Frankreich.

Zur Behandlung unserer Kriegsgefangenen in Frankreich wird W. T. B. von berufener Seite geschrieben:

Hinsichtlich der Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich ist trotz der lächerlichen Proteste und der Forderungen um baldige Abhilfe nicht die geringste Besserung der Unterkunfts-Zustände festzustellen. Die Art, wie man uns unsere gefangenen Volksgenossen vorenthält, spricht jedem menschlichen Empfinden Hohn. Es ist ein Skandal, daß man es, wie es geschehen ist, wagt, auf einem Eisenbahntransport von 48 Mann in kleinen Wagen zu verladen und die letzten, die sich weigerten, den gänzlich überfüllten Wagen zu betreten, mit dem Revolver hierzu zwang. Es ist unmenschlich, diesen vollgepferchten Wagen während der zweitägigen Reise völlig verschlossen zu halten. So daß die Kriegsgefangenen gezwungen wurden, ein Beil des Wagens zu lösen, um ihre Notdurft zu verrichten.

In Bouzy, wohin die Gefangenen krankheitshalber verbracht wurden, können eine zerstörte Fabrik ohne Dach, Fenster und Türen als Unterkunftsraum. Der bloße Steinboden ohne Stroh ist ihre Lagerstätte. Nicht alle haben Decken. Die Verpflegung besteht aus 400 g Brot, Marmelade und 1 Pfund Kartoffeln, für deren Bereitung keine Vorkehrungen getroffen sind.

Ganz ähnlich schlecht liegen die Verhältnisse in Vitrolle bei Arras. Die Kriegsgefangenen wohnen in einer verfallenen Baracke ohne Fenster, Türen und Lagerstroh. Zu essen erhalten sie nur 300 g Brot. Sie leiden unter den Mißhandlungen der sie bewachenden Senegalneger".

Haftentlassung des Bizekonsuls Schwarz. Schwarz ist Leute nach Hinterlegung einer Kaution von 100 000 Mk. aus der Haft entlassen worden.

Die französische Kammer nahm bei Beratung des vorläufigen Monatsbudgets eine Herabsetzung des Kredits in Höhe von 10 Millionen vor, um zum Ausdruck zu bringen, daß die militärischen Ausgaben eingeschränkt werden müßten. George Leygues erinnerte daran, daß Pichon erklärt habe, die Regierung gedenke keine Expedition nach Rußland zu entsenden.

Strahlen und Lebensvorgänge.

Von

Dr. H. Boruttau,

Professor an der Universität Berlin.

Bald wird ein Vierteljahrhundert verflossen sein, seitdem Röntgens Entdeckung der Heilwissenschaft ein diagnostisches Hilfsmittel geschenkt hat, dessen gewaltige Ausbildung in aufs ordentlichem Maße die Behandlung von Krankheiten und Verletzungen erleichtert und im Weltkriege zur Heilung der Wunden die die Kämpfenden sich zufügten, zur Milderung ihrer Folgen wesentlich beigetragen hat. Aber auch als Heilmittel, welches nicht nur viele mehr oder weniger harmlose Erkrankungen der Haut zu bekämpfen gestattet, sondern auch die Behandlung der bösartigen Geschwülste, nach wie vor ein Schmerzenskind der Krankheitsforschung und -behandlung wesentlich aussichtsreicher zu gestalten verspricht, spielen die Röntgenstrahlen jetzt eine bedeutende Rolle, und neben ihnen die wenig später von Becquerel entdeckten Strahlen. Sie werden von bestimmten Stoffen ständig ausgesandt, und ihre physikalische und chemische Erforschung ist für die exakten Naturwissenschaften geradezu unentbehrlich geworden, indem sie tiefere Einblicke als je zuvor in die Konstitution der Materie und das Wesen der Naturkräfte erlaubt hat. Haben sie doch die Sicherheit gebracht, daß die bisher unzerlegbar und verschieden gedachten „Elemente" des Chemikers Ipolther in einander überführbar sind, daß wie schon Philosophen aller Zeit ahnten, einerlei „Urstoff" oder kleinste Kraftmengen angenommen werden kann, welcher in den „Atomen" der verschiedenen „Elemente" vorhanden ist, die sich durch ihren inneren Bau unterscheiden! Es mag genügen, die Namen von Curie und Frau, Ruther-Ford und Ramsay, Elster und Geitel, v. Lenz zu nennen, an deren Arbeiten diese Fortschritte der Wissenschaft (neben vielen anderen) sich knüpfen.

Auf Lebensvorgänge schienen nach den Erfahrungen der Aerzte die Röntgenstrahlen und Strahlungen der „radioaktiven Stoffe" ausschließlich hemmend oder vernichtend einzuwirken — vielleicht durch Zerfetzung bestimmter Bestandteile der lebenden Substanz —, bis in neuester Zeit der bekannte Pflanzenphysiologe Molisch in Graz zeigte, daß bei geeigneter Dosierung Pflanzenwachstum durch Bestrahlung mit radioaktiven Präparaten gefördert werden kann, also auch Belebungen der Strahlen zu Aufbauvorgängen in den Organismen bestehen.

Da zwar am eigentlichen Aufbau der Lebewesen sich wenig mehr als ein Dutzend chemischer Elemente beteiligen, Spuren der übrigen aber überall, somit auch in der lebenden Substanz vorhanden sind und man nicht leugnen darf, daß sie unter Umständen bestimmend auf die chemischen Vorgänge in ihr einwirken, liegt die Frage nahe, ob nicht im Tier- und Pflanzenkörper vorhandene radioaktive Stoffe biologische Bedeutung haben. Sie behandelt zu beantworten, ist in den letzten drei Jahren dem auf mehreren Wissensgebieten längst hochverdienten holländischen Physiologen Professor Zwaardemaker in Utrecht gelungen. Er ging in den nahtreichen, mit vie'en Mitarbeitern angestellten Versuchen, über die er neuestens auch zusammenfassend berichtet hat, von der schon 1906 gemachten Entdeckung Campbells aus, daß ein in allen lebenden Wesen äußerst verbreitet vorkommendes Element, nämlich das Kalium, schwach Strahlen aussende, wenn auch in geringerem Maße als eines der Uranium oder gar das Mesothorium, Polonium und Radium. Vom Kalium ist längst bekannt, daß es in bestimmten Wechselbeziehungen zu anderen in Salzform gelösten, beziehungsweise in Gestalt von elektrisch geladenen Teilchen sogen. Ionen wirksamen menschlichen Körperbestandteilen, vorab Jenen Natrium, Kalzium und Magnesium steht, und auch das Mengenverhältnis, in dem es in den betreffenden Gewebe und der umspülenden organischen Flüssigkeit vorhanden ist, für die Funktion der Muskeln und anderer erregbarer Gebilde von allergrößter Bedeutung ist. Bekanntlich lassen sich diese Funktionen experimentell unterbinden, und zwar besonders bequem an den Organen kaltblütiger Tiere, welche auch nach dem Tode oder der Loslrennung vom übrigen Körper ihre Lebenseigenschaften noch längere Zeit bewahren. Das ausgeschnittene Herz des Frosches läßt seine Zusammenziehungen ständig in sogelang aufzeichnen, wenn es mit einer Nährflüssigkeit künstlich gespeist wird, die eine ganz bestimmte Zusammensetzung haben muß. Fehlt ihr z. B. eben das Kalium vollständig, so steht das Herz nach einiger Zeit seine Tätigkeit völlig ein. Zuzaardemaker fand nun, daß in die em Falle die Zusammenziehungen eine Zeitlang wiederkehren, wenn das Organ aus nächster Nähe mit einem radioaktiven Präparat, wie es für physikalische Untersuchungen oder für Heilzwecke gebraucht wird, z. B. einigen Milligramm Mesothorium oder Radium, die sich in einer Büchse mit Glimmerfenster befinden, bestrahlt wird.

Vollständiger wird der Ersatz dessen, worauf es ankommt, wenn der kaliumfreien Speiseflüssigkeit gewisse Mengen eines Salzes von Rubidium, das etwas schwächer radioaktiv ist als Kalium, oder von Uranium oder Thorium, die viel stärker strahlen als Kalium, oder von Radium oder dessen „Emanation" zugesetzt werden. Das Herz arbeitet dann ebenso lange gleichmäßig weiter, als wenn die Speiseflüssigkeit „normalen" Kaliumgehalt hätte, unter der Voraussetzung, daß die zugesetzten Mengen jener Stoffe eine ebenso große Strahlungsenergie abgeben wie dieser, wozu besonders bei den drei zuletzt genannten vielfach kleinere Mengen zu nehmen sind. Diese ersetzen somit dasjenige Kalium, welches durch die Spülung mit kaliumfreier Lösung gewissermaßen aus der Substanz des Herzmuskels herausgewaschen worden ist; äußerdem enthält diese natürlich Mengen desselben Stoffes in fester Bindung. Weitere Versuche des Forschers lassen erkennen, daß die normale „automatische" Tätigkeit des Organs von einer Wechselwirkung des gelösten und fixierten Kaliums abhängen muß.

Auf diese theoretischen Dinge kann hier nicht näher eingegangen werden; nur das sei noch erwähnt, daß für die eigentliche Bedeutung der Strahlung für die Lebensvorgänge und ihren inneren Mechanismus sind aber Unterschiede in der schon besprochenen Wirkung auf die Herztätigkeit grundlegend, die man beobachtet, je nachdem welche Stoffe man zu der kaliumfreien Speiselösung zusetzt, um das fehlende Kalium gewissermaßen zu ersetzen. Kalium und Rubidium wirken in gleicher Weise und können in beliebigen Mischungsverhältnis vorhanden sein, ebenso Uranium, Thorium und Radium. Nicht aber gilt das selbe für Mischung von Letzterem dieser beiden Reihen: viel mehr beim Mengen, welche für sich allein gleich gut die Herztätigkeit in Gang setzen, wie normaler Kaliumgehalt, sich in ihrer Wirkung völlig auf; das Herz steht still, als ob gar kein radioaktiver Körper in der Speiseflüssigkeit zugegen wäre, und es bedarf eines Ueberdusses der einen Art in genügender Größe, um die Zusammensetzungen wieder in Gang zu setzen.

Wie geht das an? Man weiß, daß es verschiedene Arten von Strahlen sind, die von den radioaktiven Stoffen ausgesendet werden. Von den nicht weit durchdringenden, nur in nächster Nähe genügend wirksamen Strahlenarten leidet das Kalium nur sogenannte Beta-Strahlen aus, die, wie die wohlbekannten Kathodenstrahlen, aus negativen Elektrizitätsteilchen, sogenannten Elektronen, bestehen. Das Uranium und Thorium sowie das Radium, seine Emanation und das Polonium dagegen senden sogenannte Alpha-Strahlen aus, die aus positiv elektrisch geladenen Teilchen des Elements Helium bestehen, in welche Atome jener radioaktiven Elemente zerfallen. Daß die biologische Wirkung der Alpha- und Beta-Strahlen sich gegen einig anderes, konnten unsere Forscher neuestens direkt nachweisen: beide Strahlenarten haben das Wachstum von Spaltpilzen auf. Das läßt sich am Platz enkulturen von Leuchtbakterien, die man im eigenen Lichte photographieren kann, sehr schön zeigen. Wurden aber durch eine besondere Vorrichtung die von einem Poloniumpräparat ausgesendeten Alpha-Strahlen und die von einem Mesothoriumpräparat ausgesendeten Beta-Strahlen auf eine und dieselbe Stelle der Plallenkultur gerichtet, so wuchsen hier die Bakterien ungehindert.

Dieser Antagonismus, der sich auch genauer messend verfolgen ließ, wurde noch bei einer Reihe von anderen Lebensvorgängen wiedergefunden, die durch Kalium hm, die anderen radioaktiven Stoffe aber durch Strahlung von außen beeinflußt werden. Als solche erwiesen sich bis jetzt die Zusammenziehung der Skelettmuskeln, die Zusammenziehung der Ringmuskeln der Blutgefäße unter der Wirkung der Gefäßnerven, die Durchlässigkeit der Blutgefäßwände und die Durchlässigkeit der Niere für bestimmte Stoffe. Endlich aber zeigte es sich, daß die Erregbarkeit des Herzmuskels und seine Beeinflussung durch die herzhemmenden Nervenfasern unter dem Einfluß elektrischer Ströme in ganz bestimmter Weise verändert wird, je nachdem

Neuerwerbungen der Berliner Staatsbibliothek.

Der Direktor der Berliner Staatsbibliothek Liebrecht hat ein im alten Einband erhaltenes Kölner Buch aus etwa 1485, von dem nur noch ein weiteres Exemplar bekannt ist, das sich aber mit dem vorliegenden nicht ganz deckt. — Als wertvolles Geschenk von Frau Ida Lehmann erhielt die Musikabteilung der Bibliothek 25 eigenhändige an sie gerichtete Briefe Richard Wagners.

Bruchs „Mignon". In dem Konzert, welches die Singakademie zu Dortmund unter Leitung ihres Direktors Georg Schumann am Sonnabend, den 5. April, zur Feier des 25jährigen Jubiläums des Vaterländischen Frauenvereins und zu dessen Gunsten veranstaltet, wird das erstemal Werk des nunmehr 81jährigen Max Bruch „Frauenlieder nach Mignon" zur ersten Aufführung gelangen. Sodann findet zum Gedächtnis der gefallenen Helden des Weltkrieges eine Aufführung von Brahms' „Requiem" statt.

Heinrich Lee, der auch in Berliner Presskreisen bekannte Kölner Schriftsteller, ist in Köln im Alter von 57 Jahren an den Folgen der Grippe gestorben. Lee, der aus Hirschberg in Schlesien stammte, hat sich vor allem durch seine Bücher aus deutschen Städten zu Anfang des 20. Jahrhunderts einen Namen gemacht. Er hat sich auf verschiedenen Gebieten sehr tüchtige betätigt: die Zahl seiner Lustspiele, seiner Romane und Novellen ist groß. Seine Stärke lag auf dem Gebiete des Lustspiels, von denen der „Schlagbaum" oft im früheren Königlichen Schauspielhaus in Berlin gespielt worden ist.

Eine Erinnerungsfeier für Heinrich Lautensack findet Freitag, den 4. April, abends 8 Uhr im Kunstsalon Fritz Gurlitt, Potsdamerstr. 113, statt. Alfred Richard Meyer und Anselm Ruest werden über den Dichter sprechen. Hohe Töne vom Schauspielhaus werden unveröffentlichte Lyrik von Lautensack vortragen.

Die Legende vom Kronrat.

In den nächsten Tagen wird bei Ullstein & Cie. in Berlin die der Öffentlichkeit bereits angekündigte Schrift des Staatsministers Dr. Karl Helfferich „Die Vorgeschichte des Weltkrieges" erscheinen. Wir geben aus dem Buche, in dem ein an den Ereignissen der letzten Jahre unmittelbar Beteiligter spricht, das Kapitel auszugsweise wieder, in dem der Verfasser, anknüpfend an die Legende vom Potsdamer Kronrat, mit schlüssigen Gründen gegen die pseudo-historische Auffassung von Deutschlands verbrecherischer Schuld am Kriege vorgeht.

Die Legende von dem Potsdamer Kronrat ist schon im Juli 1914 in Berlin in Umlauf gebracht worden, wie es scheint, durch Erzählungen des Oberkellners, eines bekannten Berliner Cafés, der seine Wissenschaft aus einem von ihm bruchstückweise mitangehörten Gespräch hochgestellter Gäste bezogen haben wollte. Die Legende ist offenbar daraus entstanden, daß am 5. Juli der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Szögyeny dem Deutschen Kaiser ein Handschreiben des Kaisers Franz Joseph überreichte. In diesem Schreiben und einer ihm beigefügten Denkschrift des Wiener Auswärtigen Ministeriums wurden die Gefahren der Lage hervorgehoben und die Aufnahme Bulgariens an Stelle des wankenden Rumäniens in den Bund der Mittelmächte angeregt. In der vom Auswärtigen Amt entworfenen Antwort wurde der Heranziehung Bulgariens unter gewissen Vorbehalten zugestimmt; es wurden ferner Bemühungen in Aussicht gestellt, um Rumänien beim Bündnis zu erhalten; zu dem Konflikt mit Serbien wurde eine Stellungnahme abgelehnt, es wurde aber betont, daß Deutschland gemäß dem Bündnis und der alten Freundschaft treu zu Österreich-Ungarn stehen würde.

Ich habe später festzustellen Gelegenheit gehabt, daß weder der Erzherzog Friedrich noch der Feldmarschall Conrad von Hötzendorf damals in Berlin gewesen, geschweige denn an einem Kronrat in Potsdam teilgenommen haben; daß der Kaiser an jenen Tagen überhaupt keine österreichisch-ungarischen Militärpersonen empfangen hat; daß auch ein Kronrat oder eine kronratähnliche Veranstaltung in ausschließlich deutschen Kreisen damals nicht stattgefunden hat, vielmehr der Kaiser sich vor dem Antritt der Nordlandreise auf die Entgegennahme von Einzelvorträgen, darunter auch des Vortrages des Reichskanzlers über die politische Lage und über die Unzweckmäßigkeit einer Aufgabe der Nordlandsreise, beschränkt hat.

Auch abgesehen von jenem nicht stattgefundenen Kronrat sind nähere Vereinbarungen mit der Wiener Regierung über die von dieser zu unternehmende Aktion, wie mir spätestens von den beteiligten Staatsmännern auf das bestimmteste erklärt worden ist, nicht getroffen worden. Was die Wiener Regierung über ihre Absichten mitteilte, hat sich auf allgemeine Richtlinien beschränkt: Unterschung gegen die der Beteiligung an dem Attentat Verdächtigen unter Mitwirkung österreichisch-ungarischer Organe; Bestrafung der Schuldigen; Sicherheiten für die Zukunft, insbesondere Unterdrückung der gegen den Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie gerichteten Propaganda. Für die Ausgestaltung dieser Forderungen im einzelnen und für die Form, in der sie an Serbien gestellt werden sollten, hat weder Wien die Berliner Stimmung erbeten, noch Berlin österreichische Mitteilungen verlangt. Man hat ein solches Vorgehen angesichts des für das Deutsche Reich ungeheuren Einsatzes als unbegreiflich bezeichnet; es scheint mir jedoch, daß bei einer solchen Kritik nicht genügend gewürdigt wird, daß die deutsche Regierung, indem sie von einer Vereinbarung der Einzelheiten und der Form des österreichisch-ungarischen Vorgehens absah, nicht etwa der Wiener Regierung eine Blankovollmacht ausstellte, sondern im Gegenteil eine Festlegung der deutschen Politik auf die Einzelheiten der österreichisch-ungarischen Aktion vermied und sich damit freie Hand vorbehielt für die Beurteilung dessen, was bei der weiteren Entwicklung der Dinge als notwendig für die Erhaltung des Bestandes der österreichisch-ungarischen Monarchie anzusehen und von Deutschland mitzuvertreten sei. Ich erinnere an die Lage im November 1912, in der der Deutsche Kaiser in seinen oben angeführten Telegrammen an den Reichskanzler sich zwar nach wie vor bereit erklärte, für das österreichisch-ungarische Lebensinteresse zu marschieren, nicht aber um meiner Laune des Verbündeten willen einen Weltkrieg heraufzubeschwören. Und auch in der Krisis von 1914 war mir nicht klar, daß wir nach der Abschwerde darüber, daß Italien von den österreichisch-ungarischen Absichten entgegen früheren Zusagen nicht rechtzeitig unterrichtet worden sei, nur der Schluß ziehen, daß die beiden Mittelmächte in der Tat an Italien nicht herangetreten sind. Bei den bekannten Empfindlichkeiten und Aspirationen Italiens wäre, falls die Mittelmächte einen Krieg hätten heraufbeschwören wollen oder falls sie auch nur ernstlich die Möglichkeit des Krieges aus der serbischen Veranlassung heraus ins Auge gefaßt hätten, der Versuch der grundsätzlichen Verständigung mit Italien über das geplante Vorgehen eine elementare Notwendigkeit gewesen. An Kompensationsobjekten hätte es nicht gefehlt. Man braucht nur an die albanische Frage zu denken. Und der Vorteil eines von vornherein klar und unzweideutig auf die Seite der Mittelmächte stellenden Italien wäre, wenn man den Kriegsfall ernstlich ins Auge faßte oder gar den Kriegsfall herbeiführen wollte, eine Kompensation wert gewesen. Es scheint mir hier in der diplomatischen Vorbereitung des Krieges eine Unterlassung vorzuliegen, die nur erklärlich ist aus dem festen Vertrauen der deutschen Staatsmänner in die Erhaltung des Friedens.

Auch wirtschaftlich ist in jener Zeit nichts geschehen, was nach Vorbereitung für einen Krieg ausgesehen hätte. Man hat nichts getan, um unsere Bestände an Ernährungsmitteln und kriegsnotwendigen Rohstoffen, wie Stickstoff, Wolle und Baumwolle, Kupfer, Nickel, Kautschuk usw. aufzufüllen; man hat keinen Finger gerührt, um auch nur die Einfuhr der in Antwerpen und Rotterdam mit Bestimmung für Deutschland lagernden Waren einigermaßen zu beschleunigen. Man hat im Gegenteil geduldet, daß noch kurz vor Kriegsausbruch Nahrungsmittel und kriegswichtige Stoffe unsern Gegnern zugeführt worden sind, insbesondere daß noch im Monat Juli große Quantitäten von Brotgetreide aus dem Reichsgebiet nach Frankreich ausgeführt wurden.

Ist ein solches Verhalten denkbar bei einer Regierung, die einen Krieg heraufführen will? — Die Frage beantwortet sich von selbst. Nur die äußerste Überzeugung, daß es gelingen werde den Frieden zu erhalten — eine Überzeugung, die jede Absicht, auf den Krieg loszusteuern, unbedingt ausschließt — läßt das Unterlassen aller militärischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen überhaupt erklärlich erscheinen.

Der Kaiser hat mir späterhin, längst ehe die Frage seiner angeblichen Schuld am Kriege in Deutschland eine Rolle spielte, wiederholt von den damaligen Vorgängen erzählt. Er habe sich, um nicht durch unnötige Beunruhigung die Lage zu erschweren, auf den Rat des Kanzlers und des Auswärtigen Amtes entschlossen, die Nordlandreise anzutreten. Das Auswärtige Amt habe ihm über den weiteren Verlauf der Dinge spärliche und durchaus unverfängliche Berichte geschickt, auf Grund deren er die Hoffnung gehegt habe, daß sich alles friedlich erledigen werde. Der Wortlaut des österreichisch-ungarischen Ultimatums habe ihn aus dieser Hoffnung herausgerissen. Er habe, alsbald nachdem er Kenntnis von dem Wortlaut erhalten habe, ohne weitere Nachrichten des Auswärtigen Amts abzuwarten, die sofortige Rückkehr nach der Heimat befohlen. „In Berlin eingetroffen," fügte er hinzu, „habe ich mich sofort an die Telegraphenstrippe gehängt und beim Zaren, beim König von England und beim Kaiser Franz Joseph alles versucht, um das Verhängnis aufzuhalten. Das wäre mir auch gelungen, wenn nicht der unselige Zar sich die Mobilmachungsorder hätte abpressen lassen."

Ich habe aus meinen eigenen Wahrnehmungen in der kritischen Zeit keine Eindrücke gewonnen, daß in leitenden Kreisen in Deutschland nichts ferner lag, als einen Krieg herbeiführen zu wollen. Wenn der deutschen Politik in jener Zeit ein Vorwurf zu machen ist, so ist es vielmehr der, daß sie die Gefahr des Krieges nicht ernst genug ins Auge faßte, sondern zu sehr von der friedlichen Lösung des Konfliktes überzeugt war, und daß sie deshalb weder militärisch, noch diplomatisch, noch wirtschaftlich die in Hinblick auf die Möglichkeit des Krieges erforderlichen Vorbereitungen getroffen worden sind.

In militärischer Beziehung liegt mir hierfür ein merkwürdiges Dokument vor. Im hiesiger Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages im Jahre 1917 hatte der unabhängige Sozialdemokrat Dr. Cohn-Nordhausen die Behauptung aufgestellt, im Anschluß an den angeblichen Kronrat vom 5. Juli 1914 seien alsbald militärische Vorkehrungen getroffen, u. a. die sofortige Verproviantierung der elsaß-lothringischen Festungen angeordnet worden. Das gab mir Veranlassung, das Kriegsministerium um Feststellung des Tatbestandes zu bitten. Es stellte sich heraus, daß in der Tat wenige Tage nach dem 5. Juli 1914 ein Erlaß über die Verproviantierung der elsässischen Festungen hinausgegangen war. Dieser Erlaß lautete wie folgt:

Armee-Verwaltungs-Departement
237/14. gefr. B 2. Berlin, 9. Juli 1914.
Geheim!
Zu Nr. 476/14. M. II.
Verpflegungsgefälle für die Festungen Straßburg und Neubreisach.

Dem Antrage auf Hinausschiebung des kürzesten Verproviantierungstermins für die Festung Straßburg vom 12. auf den 20. und für die Festung Neubreisach vom 8. auf den 15. Mobilmachungstag wird unter den dargelegten Umständen, jedoch nur notgedrungen, zustimmt. Auf Verkürzung dieser Fristen ist daher mausgesetzt und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln hinzuwirken. Zum 1. April 1915 ist zu berichten, ob und unter welchen inzwischen eingetretenen Umständen eine Verkürzung der Fristen zulässig ist.

J. V.
(Unterschrift.)
An die Königl. Instandsamter
des XV. Armeekorps.

Das Armee-Verwaltungsdepartement des Preußischen Kriegsministeriums hat also noch 11 Tage nach dem Attentat von Serajewo und vier Tage nach dem angeblichen Kronrat, der den Krieg beschlossen haben soll, die Verproviantierungsfristen der elsässischen Festungen vorläufig und auf Widerruf um eine Woche verlängert. Ein stärkerer Beweis dafür ist kaum möglich, daß unsere leitenden Kreisen der Gedanke, einen Krieg heraufzubeschwören, gänzlich fernlag, ja daß sie, im Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens Maßnahmen guthießen, die das Gegenteil der an sich durch die Lage gebotenen Vorbereitungen für die Möglichkeit des Krieges waren.

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten.

Die Anregung zur Bildung eines parlamentarischen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ist von der Deutschen demokratischen Partei ausgegangen. Der Zweck des Ausschusses ist, die bisher in der auswärtigen Politik nicht bestehende engere Fühlung zwischen Regierung und Parlament herzustellen. Es ist zu bedauern, daß der Ausschuß bisher nicht zustande gekommen ist, da er gerade in der gegenwärtigen Krisis, die den Bestand unserer Gebietsteile gefährdet, sicher eine maßgebende und nützliche Rolle gespielt hätte. Wie erfahren, daß die sozialdemokratische Partei sofort nach Wiederzusammentritt der Nationalversammlung sich mit der Schaffung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten befassen wird. Auch das Zentrum scheint der Schaffung des Ausschusses keineswegs abgeneigt zu sein.

Wie die „Freiheit" dazu kommt, in dem Ausschuß ein Mittel zu sehen, um das Volk von der Mitwirkung der Gestaltung seiner staatlichen Geschicke auszuschalten, ist unerfindlich.

Wirtschaft und Recht.

Die hohen Löhne und die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit.

Sy. Dresden, 2. April. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern und vorgestern tagten in Dresden ein Kongreß der Arbeiterräte der Reichsbetriebe (Artikel) der sich mit der Umstellung, sozialisierung und Entmilitarisierung der Betriebe beschäftigte. Er war mit 120 Delegierten beschickt die sich aus Arbeitern, Angestellten und Beamten zusammensetzten. Von der Regierung nahm Wirtschaftsminister Schwarz teil.

O. Bochum, 3. April. (Eigene Drahtmeldung.) In einer im Herner Rathaus stattgehabten Versammlung von Vertretern des christlich-weißlichen und des bergischen Industriebezirks machte der Chef der Nachrichtenabteilung des Reichsernährungsministers Ruhrschichten, Mitteilungen über die Lebensmitteleinfuhr und bemerkte, daß die Regierung den freihändigen Einkauf der Lebensmittel in Holland nicht zugeben könnte, weil dadurch ein neues starkes Steigen der Preise bewirkt werde; wohl sei aber eine vorzugsweise Belieferung der Industriebezirke vorgesehen, und zwar in eine Zugabe von 50 g Fett für den Kopf und die Woche in Aussicht genommen; für den Fall, daß die Durchschnittsleistung der Kohlenförderung der letzten 10 Kriegsmonate erreicht werde, komme noch eine weitere Zugabe von 50 g Fett; außerdem sei mit der Einfuhr größerer Mengen Milch und Mehl zu rechnen, dieses werde allerdings 1,70 bis 2 ℳ das Pfund kosten und soll dem freien Handel zum markenfreien Verkauf zugewiesen werden. Mit den Lebensmittellieferungen werde voraussichtlich schon Mitte dieses Monats begonnen werden können, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß der Streik beendet werde.

Die Fischerei in der Nordsee.

Zur Freigabe der Fischerei in der Nordsee schreibt die „Weserzeitung": Das freigegebene Gebiet ist gerade dasjenige, das vollständig durch Minen verseucht ist und für lange Zeit noch nicht befischt werden kann. Die Fischereidirektion in Hamburg warnt die Fischdampferkapitäne und Fischer dringend, sich verleiten zu lassen, in dieses Gebiet hineinzugehen, bevor nicht die Minensäumung soweit vorgeschritten ist, daß nähere Mitteilungen über die freigemachten Gründe gemacht werden können. Die Grenzen des jetzt freigegebenen Gebietes laufen [illegible] genau dort ab, wo die befischbaren Gründe anfangen. Die Freigabe hat für die Fischerei und ihre Erträge nicht die mindeste Bedeutung, bringt vielmehr die Gefahr in sich, daß durch irrige Auslegung Fischereifahrzeuge in die Minen geraten und verloren gehen.

Die Streiklage im Westen.

Nach den über den 2. April vorliegenden Meldungen hat der Streik nicht unwesentlich an Ausdehnung gewonnen. Daß aber ein einheitlicher Streikwille fehlt, und er muß fehlen, da eine Notwendigkeit zum Streiken und die Möglichkeit einer vernunftgemäßen Begründung des Streikes nicht vorliegt — zeigt sich darin, daß an verschiedenen Orten manche Belegschaften gestern die Arbeit wieder aufgenommen haben, und daß die erhobenen Streikforderungen nicht nur von Ort zu Ort, sondern sogar am selben Orte von Schacht zu Schacht verschieden sind.

Während einzelne Belegschaften politische Forderungen, wie die Einführung des Rätesystems, Auflösung der Freiwilligenverbände und Bündnispolitik mit Sowjet-Rußland in den Vordergrund stellen, lehnen andere Schächte diese Forderungen rundweg ab und beschränken sich auf rein wirtschaftliche Forderungen.

Ganz allgemein wird die Einführung des Sechsstundentages verlangt. Manche Zechen streiken allerdings, ohne überhaupt irgendwelche Forderungen aufzustellen. Im Dortmunder Bezirk haben einzelne Belegschaften den Streik abgebrochen und sind wieder angefahren. Auch in Bottrop hat sich die Lage gebessert. An einigen anderen Orten rechnet man damit, daß die Belegschaften heute wieder einfahren. Der Fanatismus, mit dem an machen Stellen unter dem Einfluß von syndikalistischen Hetzern der Streik durchgeführt wird, beringt das Kohlenrevier und damit die Lebensfähigkeit des deutschen Volkes überhaupt in Gefahr. Es streiken im Bezirke Bochum zurzeit von 17 Zechen 16. Die bisher arbeitende Zeche liefert die Energie zur Instandhaltung der Anlagen der stilliegenden Zechen. Jetzt soll auch diese letzte Zeche in den Ausstand treten, was zur Folge haben würde, daß sämtliche Zechen des Bezirkes erlauschen müßten. Hoffentlich gelingt es einsichtsvollen Arbeitern noch, die Ausführung dieses verhängnisvollen Beschlusses zu verhindern.

Duisburg, 3. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Streikenden haben jetzt die Lebensmittelfrage neben der politischen zur Hauptforderung erhoben. Sie begehren die Zulassung der Regierung für die Arbeiter als zu niedrig und fordern besonders außerdem Lebensmittelzulagen für die Bergarbeiter. Der Bergmannstage der Regierung, keine Lebermittel für die Streikenden setzen sie die Forderung entgegen: keine Arbeitsaufnahme ohne Lebensmittel. Auf diesen Leier Agitation gelang es den Streikführern, einen großen Teil der noch arbeitenden Belegschaften zum Einstritt in den Streik zu bewegen. In Hamborn, Neumühl und Dinslaken liegen heute sämtliche Schächte der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser", der Gewerkschaft „Rhein 1", der Zeche „Lohberg" und der Zeche „Neumühl" still. In Oulsberg arbeiten noch Schacht III/IV der Zeche „Westende" (Hütte Phönix). In Mülheim liegt alles still; in Oberhausen ebenfalls, bis auf die Zechen „Alstaden" der Bergwerksgesellschaft „Hibernia" und Zeche „Roland" der Harpener Bergbau Aktiengesellschaft. Hier wird, wenn auch mit noch stündiger Schicht, weiter gearbeitet. Von den streikenden Schächten der Zeche „Concordia" Bergbau Actien-Gesellschaft Oberhausen sogen heute die Belegschaften nach Schacht IV/V und verhinderten die Arbeitswilligen, einzufahren. Unter dem Schutz des Militärs sind heute auf Schacht II/III von Concordia nur etwa 100 der 3000 Mann starken Belegschaft angefahren. Am Tage wird allenthalben gearbeitet. Im Bottroper Bezirk ist eine leichte Besserung eingetreten, da von den Arendorf 3 Acht auf zwei Schichten der Zeche „Prosper" bei Belegschaften wieder angefahren sind. Auf den staatlichen Zechen streiken die „Rheinbaben"-Schichte weiter.

Elberfeld. Der Bezirkstag Elberfeld des Vereins mittlerer Staatseisenbahnbeamten erklärt sich nicht einverstanden mit den in Essen und Halle gestellten Forderungen. Im Vertrauen darauf, daß die Regierung den berechtigten Ansprüchen in zufriedenstellender Weise Rechnung tragen wird, bittet er die Mitglieder im Interesse von Volk und Vaterland die also weitgehenden Forderungen einzuschränken und nur allenfalls Streikkundgebungen aus solchen Ursachen zu unterlassen, welche die Regierung in ihrem Bestreben, geregelte Verhältnisse zu schaffen, mit aller Treue zu unterstützen.

O. Bochum, 3. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Belegschaften der Recklinghauser Zechen sind, mit Ausnahme von „Schlägel und Eisen V und VI" und Recklinghausen I und II, wieder angefahren. Die Arbeitszeit beträgt sechs Stunden. Im Gelsenkirchener Bezirk streiken die Belegschaften der Zeche „Hibernia", „Konsolidation I und VI" und „Wilhelm". Auf der Zeche „Hibernia" sind die Tagesarbeiter in den Streik getreten. Die Belegschaft der Zeche „Germania" ist in Marken hat die Arbeit wieder aufgenommen.

Hamborn, 3. April. (Eigene Drahtmeldung.) Auch hier sind seit gestern die Bergleute teilweise in den Streik eingetreten.

Pirmasens, 3. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die einzige Zeche im Wittener Bezirk, die Zeche „Franziska" streikt noch. Ein Teil der Industrien ist wegen Mangels an Strom zum Stillegen gezwungen.

Reich und Bundesstaaten.

Bayern und die Sozialisierung.

München, 2. April. Im Sozialisierungsausschuß des Landtages wurden gegen das Sozialisierungsprogramm des Leiters des Zentralwirtschaftsamtes, Dr. Neurath, verschiedentlich lebhafte Bedenken erhoben. Dr. Neurath, der seine Vorschläge nachdrücklich verteidigte, erklärte dabei, daß die Regierung bestrebt sein werde, mit dem Reich in der Sozialisierung zusammenzugehen. Aber die sei bei das Reich nicht ernstlich gewillt zu sozialisieren, und so müsse man in Bayern mit dem Sozialismus weiter vordringen. Handelsminister Simon erklärte im Laufe der Debatte, er halte einen Konflikt mit Berlin, wenn Bayern über die Reichssozialisierung hinausgehe, für nicht gegeben. Simon wird in den nächsten Tagen nach Berlin reisen, um mit den Reichsstellen in Handelsfragen in Fühlung zu treten.

Bela Kuhn nicht in München.

Nach aus München vorliegenden Nachrichten ist von der Ankunft des Diktators der ungarischen bolschewistischen Räterepublik, Bela Khun, dort nichts bekannt. Die Form, in der die Mitteilung gebracht wurde, macht insofern keinen zuverlässigen Eindruck, als es eine, Ententezug, mit dem Bela Khun in München eingetroffen sein soll, nicht gibt.

Aus Groß Berlin.

Der Beamtenstreik in der Metallindustrie.

Der Beamtenstreik in der Metallindustrie hat eine weitere Ausnahme erfahren. Die Zahl der Streikenden hatte 30 000 bereits weit überschritten. Heute morgen 9 Uhr begannen die Verhandlungen zwischen den Streikenden und den Unternehmern im Siemensbau. Von der Regierung ist unter Mitwirkung von Mitgliedern des Demobilmachungsamtes ein Schlichtungsausschuß eingesetzt worden, der an den Verhandlungen teilnahm. Leider war für die Verhandlungen noch kein geeigneter Boden vorhanden so daß man um Mittag in die sachlichen Verhandlungen noch nicht hatte eintreten können. Die Vertreter der Angestellten hielten sich noch nicht für hinlänglich autorisiert, um Angebote zu machen oder auf Angebote eingehen zu können. Wahrscheinlich werden die Verhandlungen heute noch zu keinem Ergebnis führen.

Wie wir von unterrichteter Unternehmerseite erfahren, sind die Arbeitgeber nicht abgeneigt, Zugeständnisse zu machen. Im Kosten der Lebenshaltung und bei dem Stande der Arbeiterlöhne den Bezügen gewissen Zugeständnisse machen müsse. Die Beamtengehälter ständen zu den Arbeiterlöhnen tatsächlich in einem Mißverhältnis. Diese Auffassung sei unter den Arbeitgebern so allgemein, daß man hoffen dürfe, schon sehr bald zu einer Verständigung zu gelangen.

Abschluß des Kollektivarbeitsvertrages in der städtischen Verwaltung. Dem Ergebnis der gemeinschaftlichen Tarifvertragsberatungen zwischen den Groß Berliner Gemeinden und den Arbeitnehmerverbänden, an der der Stadtrat der Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiter, hat der Berliner Magistrat und ein Teil der Arbeitnehmerverbände zugleich — und zwar Anfang März — zugestimmt. Nachdem gestern auch die Zustimmung der letzten Arbeitnehmerverbandes eingegangen ist, ist der Tarifvertrag heute abschließend besiegelt worden. Der Lohntarif wird mit Wirkung vom 1. Januar 1919 nunmehr durchgeführt werden. Der Mehrstrich wird die nachträgliche Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung an den Grundsätzen des Tarifvertrages erhalten.

Kein Typhusfall in Potsdam. Gegenüber einer von einer Berliner Nachrichtenstelle verbreiteten Meldung, wonach in Potsdam im Laufe der letzten vierzehn Tage 200 Typhusfälle eingetreten, von denen 130 tödlich verlaufen sein sollen, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß diese Nachrichten jede der daran geknüpften Schlußfolgerungen jeder Grundlage entbehren. In Potsdam ist im Laufe dieses Jahres kein einziger Typhusfall amtlich gemeldet. Die Gesundheitsverhältnisse und speziell die Ernährungsverhältnisse sind durchaus befriedigend und von irgendeiner Gefährdung des Leitungswassers ist nicht im entferntesten die Rede.

Räumung der Gaststerstunden. Die Polizeistelle Groß-Berlin teilt mit: In Berlin mußten mit Rücksicht auf die infolge des Streiks im Ruhrrevier zurückgegangenen Zufuhren von Gaskohle auf Anordnung des Reichskommissars Gaststättenräume eingeschränkt werden. In Abänderung der früheren Zeiten wurden für die die Zeit von 1/9 Uhr bis 11 Uhr vormittags und 3 Uhr bis 6½ Uhr nachmittags festgesetzt.

Letzte Meldungen.

-l. **Frankfurt a. M.**, 3. April. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung des „Frankfurter Blattes" haben die Franzosen im besetzten Gebiet Musterungen für Pferde angesetzt, die die Landwirte von deutschen durchziehenden Truppen gekauft haben. Die Tiere, die ihnen zugingen, wurden von den Franzosen als deutsches Heer-gut beschlagnahmt.

München, 3. April. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich:

Der „Fränkische Kurier" hat in Nummer 164 vom 1. April laufenden Jahres die Meldung übernommen und besprochen, daß zwischen der bayerischen Regierung und der russischen Sowjetrepublik Verhandlungen im Gange seien, die auf ein Bündnis Bayerns mit dieser hinzielen. Hierzu wird bemerkt, daß die sinnliche Meldung jeder tatsächlichen Begründung entbehrt. Die Meldung ist unrichtig schon um deswillen, weil Bündnisse mit nachwärtigen Mächten nur vom Reich und nicht vom Einzelstaaten abgeschlossen werden können.

Paris, 3. April. (Havas.) (Amtlich.) Die Mitglieder der Finanzabteilung des Obersten Interalliierten Rates hatten Mittwoch ihre erste Zusammenkunft mit den deutschen Abgeordneten. Die Delegierten haben lediglich Fühlung miteinander genommen und ihre Ansichten untereinander ausgetauscht. Die nächste Zusammenkunft, der drei französische Delegierte und der englische Delegierte Keynes beiwohnen werden, findet am Donnerstag statt.

Barometer- u. Thermometerstand v. Patzenhofer (amtlich) v. 69.

Am 2. abends	8 Uhr	760,0 mm	+ 3,8 Grad C.
Am 3. morgens	8 Uhr	760,5 mm	+ 0,2 Grad C.
Am 3 mittags	14 Uhr	760,0 mm	+ 8,8 Grad C.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Vielfach heiter, aber noch kühl und veränderlich bei ziemlich frischen westlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Mag. Rudolf Lambmann, Berlin.
Für den Anzeigenteil und „Geschäftliche Mitteilungen" verantwortlich: Herm. Joachim Schumacher, Berlin.
Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 9.

Freiwillige vor zum Entscheidungskampf gegen den russischen Bolschewismus!

Meldet Euch sofort!

Alle Waffengattungen und Berufsarten erwünscht. Mobile Löhnung, 5 ℳ Tageszulage und 4 ℳ täglich Auslandszulage.

Dauernde Existenz und Ansiedlungsmöglichkeit!

Freiwillige Disziplin Grundlage des Erfolges.
:: Uniformen sind möglichst mitzubringen. ::

Anwerbungsstelle Baltenland.

Zweigstelle Berlin: Kaiserallee 1—12 (Joachim Friedrich-Gymnasium) täglich 9—1.
Weitere Zweigstellen befinden sich außerdem in: Hamm i. W.: Lutherhaus Königstr. 13. — **Hannover:** Hagenstr. 58 (Bürgerschule 18). — **Hamburg:** Schopenstehl 5. — **Stettin:** Moltkestr. 15. — **Göttingen:** Weendestr. 49. — **Korkriehe:** Frühere Militärwache Kaiserstr. — **Kassel:** Villa Hadländer, Karthäuserstr. sowie **Dresden, Kolberg** und **Osnabrück.**

Nationalbank für Deutschland.

5 % Dividende.

Bei der Nationalbank nahm das Geschäft im Jahre 1918 bis in das vierte Quartal hinein einen recht befriedigenden Verlauf. Die Umsätze waren gegenüber dem Vorjahre bedeutend gestiegen, so dass sich die Verwaltung schon der Hoffnung hingab, einen Rekordabschluss vorlegen zu können. Der unglückliche Ausgang des Krieges sowie die Folgen der Revolution aber legten der Bankleitung die Pflicht auf, in erster Linie an die Stärkung der inneren Position der Bank zu denken. Sie nimmt daher ein Ermässigung der Dividende, die im vergangenen Jahre von 4½ % auf 6 % erhöht worden war, um 1 % auf

5 %

vor, ein Satz, der zum letzten Male im Jahre 1903 verteilt worden war. Wie erinnerlich, hat die Bank im Jahre 1914 die Dividende ganz ausfallen lassen und in 1915 die Dividendenauszahlung mit 4 % wieder aufgenommen.

Das Gewinn- und Verlustkonto ergibt einschliesslich des Vortrages einen Bruttoverdienst von 13 988 796 Mark gegen 12 548 092 ℳ in 1917 und 11 106 828 ℳ in 1916. Nach Abzug der Verwaltungskosten, Steuern usw. verbleibt ein Reingewinn von 7 029 597 ℳ (7 747 774 ℳ). Im Vergleich zu den vorangegangenen vier Jahren stellt sich im einzelnen das Bild der Gewinn- und Verlustrechnung wie folgt:

	1918	1917	1916	1915	1914
			in Million. Mark		
Wechsel und Zinsen	9,84	8,47	7,70	7,57	7,66
Provisionen	4,21	3,78	3,17	3,15	4,09
Sorten und Coupons	0,11	0,05	0,08	0,08	0,12
Verwaltungskosten	6,51	4,62	3,88	3,51	3,75
Steuern	0,38	0,40	0,25	0,56	0,60
Abschreibungen auf Mobilien	0,11	0,04	0,04	0,6	0,06
Abschreibungen auf Konto-Korrenten	—	—	0,86	1,10	7,74
Gewinn bezw. Verlust	+ 7,03	+ 7,77	+ 6,56	+ 5,50	— 7,58

Danach haben Wechsel und Zinsen wieder ein annähernd gleiches Plus und zwar um etwa 862 000 ℳ, Provisionen ein solches von 420 000 ℳ erbracht. Auch auf Sorten und Coupons wurde ein Mehrgewinn erzielt. Das Devisengeschäft hat eine weitere Einschränkung erfahren, so dass der Nettoertrag in der Hauptsache wieder dem laufenden Geschäft zu verdanken ist. Die Unkosten sind ganz erheblich gestiegen. Allein an Gehältern und Wohlfahrts-ausgaben mussten gegen das Vorjahr etwa 2 Millionen Mark mehr verausgabt werden. Nach Abzug der Tantiemen werden 2 27 591 ℳ (3 320 ℳ) auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Bilanz ergibt das folgende Bild (in Millionen Mark):

Aktiva.

	1918	1917	1916	1915	1914
Kassen, fremde Geldsorten, Coupons	60,06	53,79	28,95	6,09	7,76
Guthaben bei Banken u. Abrechnungsbanken				13,19	12,50
Guthaben bei Banken u. Bankiers	17,89	18,56	12,72	12,64	14,49
Wechsel	287,12	158,75	98,45	71,01	60,02
Reports und Lombards	132,28	120,99	68,12	41,58	40,44
Vorschüsse von Waren u. Warenverschiffungen	8,78	4,00	3,61	2,93	4,92
Eigene Wertpapiere:					
a. Anleihen u. Schatzanweisungen	9,59	2,5	2,69	2,21	6,58
b. sonstige b. Reichsbank usw. beleihb. Wertpapiere	0,44	0,09	0,04	0,11	0,23
c. sonstige börsengängige Wertpapiere	12,17	12,34	10,21	10,48	15,81
d. sonstige Wertpapiere	5,47	3,36	4,37	3,04	4,32
Konsortialbeteiligungen	21,74	22,35	22,44	23,50	33 0
Dauernde Beteiligungen b. assoziierten Banken	6,81	8,8	8,8	4,88	4,98
Debitoren in laufender Rechnung:					
a. gedeckte	150,41	144,76	138,81	131,23	146,93
b. ungedeckte	59,68	42,69	29,75	27,93	23,68

Passiva.

Aktienkapital	90,—	90,—	90,—	90,—	90,—
Reserven	10,—	10,—	8,—	8,—	8,—
Kreditoren	606,12	453,48	281,98	211,96	210,20
Akzepte und Schecks	18,68	27,46	26,50	50,56	88 88

Eine bemerkenswerte Erhöhung haben danach die Kreditoren aufzuweisen, und zwar von 453,4 auf 606,1 Millionen Mark. Hierbei ist zu bemerken, dass die Nationalbank infolge der militärischen Räumung Belgiens ihre Zweigniederlassung Brüssel, nebstdem sie alle Verpflichtungen gegenüber der dortigen Kundschaft abgedeckt hat, auf Berlin überführte. Akzepte und Schecks haben eine weitere Verringerung um etwa 9 Millionen Mark erfahren. Diesen Veröffentlichungen von ungefähr 625 Millionen Mark stehen an leicht greifbaren Mitteln (Kasse, Sorten usw., Guthaben bei Banken und Bankiers, Wechsel, Reports und Lombards und Vorschüsse auf Waren) etwa 441 Millionen Mark gegenüber, so dass sich die Liquidität der Nationalbank auf 73,80% gegen 73% in 1917, 67% 1916, 57% in 1915 und 49% in 1914 berechnet. Das erhebliche Mehr auf Konto Wertpapiere entfällt in der Hauptsache auf Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reiches und der Bundesstaaten. Die Anleihen sind den Kursrückgängen entsprechend in die Bilanz eingestellt worden. Das Konto der dauernden Beteiligungen hat sich durch die Einlage bei der von der Nationalbank im Berichtsjahr kommanditierten Bankfirma Schwarz, Goldschmidt & Co. um etwa 3 Millionen Mark erhöht.

In den Grundstücks- und Terraininteressen der Bank hat sich eine stärkere Entlastung vollziehen können. Eine gewisse Sorge bereitet der Bank das Hohenlohe-Engagement. Durch die Neuregelung der Fideikommisse kommt möglicherweise eine raschere Liquidation der Engagements in Frage, als der Bank für eine lohnende Verbindung erwünscht sein könnte. Um sich zu sichern, hat daher die Bank bei Eintritt des Kursrückganges der Aktien entsprechende hypothekarische Eintragungen auf bestimmte Liegenschaften vorgenommen, die den Wert der Gesamtforderungen übertreffen. Uebrigens soll auf den Hohenloheverken in der letzten Zeit eine Besserung eingetreten sein; es würde wieder freudiger gearbeitet, so dass die Förderung etwas zugenommen habe. In den Orientengagements hat sich kaum etwas geändert; die Bank ist in dieser Beziehung auf lückenhafte Mitteilungen angewiesen. Im allgemeinen sind gerade hier die Aussichten nicht schlecht. Polnische Engagements sind kaum noch vorhanden. Auf eine Anfrage wurde von der Verwaltung noch mitgeteilt, dass die Goldumsatzsteuer sich kaum bemerkbar gemacht habe; jedenfalls seien die daran geknüpften Befürchtungen nicht eingetreten.

Deutsche Volkswirtschaft.

Das Kohlensyndikat zu der abgelehnten Preiserhöhung. Das Kohlensyndikat beabsichtigt, wie uns gemeldet wird, angesichts der ablehnenden Haltung des Handelsministers gegenüber der neuen Preiserhöhung nochmals eingehend die Gründe für eine Erhöhung an amtlicher Stelle vorzutragen, und zwar unter Hinweis darauf, dass bei der Ablehnung jeglicher Erhöhung die Ruhrkohlenzechen ausnahmslos mit grossen Verlusten arbeiten müssten. Gegebenenfalls soll der Versuch unternommen werden, auf anderer als der beschlossenen Grundlage über eine Erhöhung der Preise sich mit dem Handelsminister zu verständigen.

Eine Neuregelung der Stabeisenexportpreise? In den nächsten Tagen findet, wie uns gemeldet wird, im Anschluss an die Mitgliederversammlung des Stahlwerksverbandes eine Konferenz des Stabeisenausfuhr-Verbandes statt, in der die Preisfrage besprochen werden soll im Hinblick auf Ende April teilweise erlöschende Exportabmachungen.

Zur Sozialisierungsfrage in der Hochseefischerei. Ein einlässliches Gutachten der Sozialisierungskommission über die Möglichkeit einer Sozialisierung der Hochseefischerei wird von einigen Blättern tendenziös bereits als ein Beschluss der Regierung ausgegeben. Demgegenüber muss immer wieder festgestellt werden, dass die Sozialisierungskommission lediglich eine wissenschaftliche Untersuchungskommission ist, die der Regierung Vorschläge und Gutachten erstattet, während die Regierung allein die materiellen Beschlüsse fasst. Ein solcher Beschluss der Regierung aber, die Hochseefischerei zu verstaatlichen, liegt nicht vor.

Die Flucht aus Braunschweig. Die Beweggründe, welche die Braunschweigische Maschinenbau-Anstalt, Akt.-Ges., zur Betriebsverlegung aus braunschweigischem auf hannoversches Gebiet veranlassen, stellen sich nach den der Generalversammlung gewordenen Erklärungen ganz anders dar, als gemeinhin angenommen wurde. Nicht politische, sondern betriebstechnische Gründe sind es, die die Verwaltung veranlassen, das 4 ha grosse Grundstück am Bahnhof, das durch Bahnhofsumbauten einen erheblichen Eigenwert erhält, „nicht weiter durch Neuinvestierungen unglustig zu beeinflussen". Dabei sind aber grössere Aufwendungen für die Erweiterung und Modernisierung der Anlage notwendig. Das Betriebsergebnis habe sich, erklärte der Direktor, besonders seit Beginn des neuen Jahres, derart verschlechtert, dass die Frage der jährlichen Betriebseinstellung erwogen werden müsse, aber wegen der Opfer zur Aufrechterhaltung des Betriebes gebracht werden, wenn sei on eine Dividendenzahlung für das laufende Geschäftsjahr ganz ausgeschlossen erscheine. Für 1917/18 wurden noch 12 % Dividende gezahlt, davon 6 % Nachzahlung für 1903/04. Schliesslich wurde mitgeteilt, dass Verhandlungen eingeleitet sind, den Betrieb ganz oder teilweise nach auswärts zu verlegen, dass sich diese Verhandlungen weiter fortsetzen werden, um das Ergebnis zur endgültigen Beschlu-fassung einer neuen Generalversammlung vorlegen zu können.

Ausländische Volkswirtschaft.

Französische und belgische Banken in Luxemburg. Die Internationale Bank in Luxemburg hatte unlängst die deutschen Verwaltungsrat-mitglieder gegen deren Protest ausgeschaltet, weil die Bank unter den neuen Verhältnissen den Anschluss an die Westmächte durchführen müsse. Von diesem Beschluss ist man jetzt wieder abgekommen, dass das Institut vollkommen nach Deutschland gravitiere, dagegen nach Westen hin durch einen scharfen Wettbewerb der französischen und belgischen Banken in seiner Existenz bedroht wäre. Diese Meldung erhält ungefähr schnell ihre Bestätigung durch folgende Drahtmeldung, die uns indirekt aus Luxemburg zugeht: „Der Crédit Lyonnais und die Banque de Paris werden hier Filialen errichten. Die gleiche Absicht haben verschiedene Brüsseler Banken."

Die Banca d'Italia erzielte im Jahre 1918 einen Reingewinn von 55,88 Millionen Lre (i. V. 51,43 Millionen Lire). Die Dividende bleibt unverändert 45 Lire.

Sozialisierung der ungarischen Versicherungsunternehmen. Aus der Verordnung der Budapester revolutionären Räteregierung über die Sozialisierung der Versicherungsanstalten meldet die „Frankfurter Zeitung": Alle Versicherungsanstalten werden unter die Kontrolle des Volksbeauftragten für die Finanzen gestellt und die wirtschaftliche und finanzielle Leitung dieser Anstalten von der Finanzinstitutszentrale geführt. Bei Schadenversicherungen werden die berechtigten Versicherungsbeträge nur bis 2000 Kr. ausbezahlt, bei Beträgen über 2000 Kr. wird der ganze fällige Betrag der Finanzinstitut-zentrale überwiesen. Auf die Versicherungsbeträge, die auf Grund von Lebensversicherungspolicen fällig werden, können monatlich ebenfalls nur 2000 Kr. ausbezahlt werden. Die Versicherungsbeträge über 2000 Kr. sind wiederum der Finanzinstitutszentrale zuzuweisen. Darlehen und Rückkaufbeträge auf Policen können nicht flüssig gemacht werden. Auf die Rentenversicherungen können monatlich nur 2000 Kr. bezahlt werden.

Inkrafttreten des finnischen neuen Zolltarifs. Wie uns unser Helsingforser Korrespondent berichtet, ist der von der Regierung am 26. März bestätigte neue Zolltarif nunmehr mit dem 1. April in Kraft getreten. Eine Ausnahme machen nur die neu einzuführenden Agrarzölle, die erst zu Neujahr 19.0 in Kraft treten werden.

Aktiengesellschaften.

Die Niederlausitzer Bank A.-G. in Cottbus vereinnahmte in 1918 an Zinsen 521 014 ℳ (i. V. 448 280 ℳ), an Provisionen 149 604 ℳ (148 068 ℳ) und an Effekten 108 325 ℳ (115 973 ℳ). Handlungsunkosten stiegen von 283 966 ℳ auf 377 021 ℳ; dagegen verminderten sich die Abschreibungen von 2 445 ℳ auf 693 ℳ. Aus 416 175 ℳ (416 553 ℳ) Ueberschuss werden wieder 8% Dividende verteilt. Die Gesamtumsätze sind um 246 Millionen Mark auf 880 399 393 ℳ gestiegen.

Die H. Berthold Messinglinienfabrik und Schriftgiesserei Akt.-Ges. in Berlin zog aus der Revolution insofern Nutzen, als infolge der politischen Ereignisse eine gesteigerte Tätigkeit in den deut-chen Druckereien einsetzte. Durch Aufnahme der Metallbesatzlinienfabrik wurde die Beschaffung der erforderlichen Rohstoffe erleichtert. Der Reingewinn erhöhte sich auf 5 35 5 ℳ (i. V. 259 310 ℳ). Nach Abschreibung von 1 6 028 ℳ (64 265 ℳ) verbl ibt ein Reingewinn von 377 924 ℳ (195 045 ℳ) woraus 8% Dividende verteilt und 87 068 ℳ (115 826 ℳ) vorgetragen werden. Die Gesellschaft hat, wie wir s. Zt. mitgeteilt haben, zur weiteren Stär ung ihres deutschen Geschäftes mit Wirkung vom 1. Juli 1918 ab die Schriftgiesereien Gottfried Böttger, F. A. Brockhaus, C. F. Rühl in Leipzig und A. Kahle Söhne in Weimar erworben. Soweit die Zahlungen für den Erwerb nicht aus bereiten Mitteln erfolgten, wurden langfristige Termine für die Tilgung vereinbart, woraus sich die Steigerung der Verbindlichkeiten auf dem Konto Korrent-Konto ergibt. Auf sämtlichen Konten sind die übernommenen Bestände der erworbenen Giessereien in Zugang gebracht. In den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres hat sich das Geschäft bei lebhafter Kauflust günstig entwickelt.

Die Schlesische Dampfer-Kompagnie-Berliner Lloyd Akt.-Ges. hat im abgelaufenen Jahr Betriebseinnahmen von 7 977 2 8 ℳ (i. V. 4 350 183 ℳ) erzielt. Die Betriebsausgaben sind auf 5 588 066 ℳ (3 837 176 ℳ), die allgemeinen Unkosten auf 802 156 ℳ (607 31 ℳ) angewachsen. Auf dem Effektenkonto wird ein Kursverlust von 50 481 ℳ (0) ausgebucht. Zu Abschreibungen werden 860 886 ℳ (357 7 8 ℳ) verwandt. Der Reingewinn stellt sich auf 661 121 ℳ. Im Vorjahr war nur ein Gewinn von 3690 ℳ verteilt worden, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde. Es sollen nach einer Zuweisung von 32 808 ℳ an den Reservefonds 7½ % Dividende (i. V. 0 %, 1916 6 %) verteilt und 19 290 ℳ auf neue Rechnung vorgetragen werden. In der Bilanz erscheint neu ein Konto Bankguthaben und Mietseinsswechsel mit 2 079 0 0 ℳ, ausserdem ist das Effektenkonto von 233 149 ℳ auf 487 474 ℳ vermehrt worden. Debitoren schulden 1 16 473 ℳ (i. V. 1 113 096 ℳ), Kreditoren haben 1 731 669 ℳ (1 255 058 ℳ) zu fordern. — Die Situation der Gesellschaft ist mithin wesentlich günstiger als im Vorjahr. Trotzdem deutet der Bericht die Möglichkeit weiterer, der Steigerung der Löhne und der Kohlenpreise entsprechender Frachtpreiserhöhungen an.

Die Generalversammlung der Bedburger Wollindustrie Akt.-Ges. setzte die Dividende auf 10% fest. Nach Mitteilung der Verwaltung hat das Unternehmen noch gute Aufträge vorliegen, für die auch genügend Rohstoffe zur Verfügung stehen, doch machten sich in der Produktion Schwierigkeiten geltend, welche die Lage der Gesellschaft im besetzten Gebiet mit sich bringe.

Dividendenvorschläge.

Gesellschaften	Vorschlag 1918	Gezahlte Dividende 1917	1916	1915	1914
Frankentaler Zuckerfabrik	7	8	7	7	7
Oldenburgische Spar- und Leihbank	10	12½	10	10	10
Stettin-Bredower Zementfabrik	5	0	0	0	0
F. Küppersbusch & Söhne Akt.-Ges.	14	17	17	17	13

Berliner Börse vom 3. April.

An der Börse wurde eine Meldung viel erörtert, daß die Frage der deutschen Kolonien und der militärischen Entschädigungen im Sinne der Wilsonschen Punkte endgültig entschieden sei. Da gleichzeitig in Aussicht gestellt wurde, daß der finanzielle und wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands durch amerikanische Milliardenkredite ermöglicht würde, eröffnete die Börse in fester Tendenz, um so mehr, als auch die aus Westfalen vorliegenden Mitteilungen erkennen lassen, daß es nicht zum Generalstreik kommen werde. Das Geschäft gestaltete sich für Auslandspapiere wieder lebhaft; die Aktien der Canadabahn gewannen erneut 6 %. Für Prinz Heinrich-Aktien regten hohe Brüsseler Kurse an. Von Kolonialwerten hatten die Anteile der Neu-Guinea-Co. die Führung. Am Montanmarkt wurden die Aktien der Gelsenkirchener Bergwerks- und Hütten-A.-G. (-4¾ %), der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G (+3 %) und der Lothringer Hütte höher bewertet. An Schiffahrtsaktienmarkt gewannen Hamburg-Südamerikanische Paketfahrt etwa 6 %. Elektro- und Rüstungspapiere schlossen sich der Aufwärtsbewegung an. Petroleumwerte gaben unwesentlich nach. Kaliwerte waren zwar fest, doch umsatzlos. Für Einheitspapiere bestand ziemlich gute Meinung. Heimische Anleihen wiesen geringfügige Veränderungen auf; österreichisch-ungarische Renten neigten zur Schwäche. Tägliches Geld etwa 4½ %, Privatdiskont 4⅝ % und darunter.

Am Einheitsmarkt waren heute:

Chem. Fabr. Heyden 7, Friedrichshütte 5, Prüssing Cement 5, Kali Aschersleben 3½, Ver. Glanzstoff-Fabr. 4, Archimedes 4½, König Wilhelm 5, Ver. Zypen 4, Brown Boveri 5, Hotel-Betriebs Ges. 5, Wickrath Lederfabr. 3½ gegl. Notiz, Augustus Nürnberg 4, Gaggenauer Eisen 6, Cottbus Masch. 5, Hallesche Masch. 4, Linzel 3, Girmes 6.

Niedriger: Annaburger Steingut 4, Kirchner & Co. 5, Fischer Maschinen 3, Gross-Lichterfelde Bau 4, Auer 8, Breslauer Spritz 5, Greppiner Werke 3½, Zeitstoff Verein 4½, Stahl Einann. 3½, Gros-Berau Oelfabrik 3½, Siegel Masch. 8, Fraustadt Zucker 6, Ver. Flanschen-Fabrik 22 (sonstige Notiz), Albert chemische Fabrik 7, Anhalter Maschinen 4, Feldmühle Cosel 8, Deutsche Asphalt 6, Kramsta Schles. Leinen 7, Ilse 5, Ronner Spinnerei 5½.

Liste

der mit variablen Kursen gehandelten Papiere.

	Schluss-kurse v. 2. 4.	Anfangs-kurse v. 3. 4.		Schluss-kurse v. 2. 4.	Anfangs-kurse v. 3. 4.
Anatolier	—	—	Mannesm.	172	—
Franzosen	—	—	Oberschles.	127½	127½
Lombarden	19	—	„ Eisen-Ind.	132½	—
Prinz Henry	194	—	Phönix	186½	185½
Griesheim	28 2	241½	Rhein. Stahl	192½	—
Schantung	159½	140½	Rombacher	155½	157½
Ot. Berliner	134½	134½	Akt. f. Anilin	—	221
Oestr. Kredit	—	—	Bad.	368	368½
Türk. Tabak	236	—	Elberf. Färb.	237	236
Dt. Austral.	148	149	Holzstoff	208	—
Hbg. Paket	94½	96½	A. Reif.	160½	161
„ Südamer.	170	—	Bergmann	135	137½
Hansa	229	230	Siem. u. Halske	—	—
Nordd. Lloyd	96	96½	Schuckert	122	—
Hamburch	151½	—	elt. Guill.	152½	—
Bochumer	—	—	Lahr. Bräuer	—	—
Dt. Luxemburg	132	131½	Dt. Waffen	200	—
Hein-kirchen	174	176	Hirsch-Kupfer	161½	—
Harpener	145½	145	V. K.-Stoffwerke	192	197½
Hohenlohe	167½	168	Orenstein	178	178½
Kattowitzer	128½	128½	Rhein. Metall	188	184
Laura	—	—	Daimler	219½	224½
Lothr. Hütte	150	154½	Dt. Kali	172	173

Devisenkurse.

Berlin.

Telegraphische Auszahlungen:	3 April Geld	3 April Brief	2. April Geld	2. April Brief
Holland 100 Gulden	455	455½	448	449½
Dänemark 100 Kronen	280	280½	278	279½
Schweden 100 Kronen	299½	300½	294½	295½
Norwegen 100 Kronen	287½	288½	283½	284½
Helsingfors 100 finnische Mark	103½	104½	102½	103½
Schweiz 100 Franken	225½	226	220½	221
Oester.-Ungarn 100 Kronen	48,45	48,65	46,95	47,05
Bulgarien 100 Leva	—	—	—	—
Konstantinopel 100 Piaster	—	—	—	—
Madrid u. Barcelona 100 Pesetas	159	160	159	160

Amsterdam, 1. April.

	K. v. 1. 4.	St. 3.		K. v. 1. 4.	St. 3.
Berlin	22,85	27,60	Stockholm	68,70	67,15
Wien	9,10	9,00	New York	240,50	250,—
Schweiz	49,75	49,80	London	11,444	11,47
Kopenhagen	62,80	62,50	Paris	41,35	41,00

Kopenhagen, 2. April.

	K. v. 2. 4.	1. 4.		K. v. 1. 4.	1. 4.
Hamburg	80 00	80,75	London	18,89	18,86
Amsterdam	160,75	160,25	Paris	68,50	68,00
Schweiz	80,25	79,75	Antwerpen	68,15	64,00

FEUERBRÜCKE D.R.P. u. Auslandspat.
statt
Abstreifer.
Fast kein Vorschleiss. — Grössere Betriebssicherheit. Erheblich höherer Nutzeffekt im Dauerbetrieb. — Wesentlich einfachere Bedienung (grössere Unabhängigkeit vom Heizerpersonal). — Selbsttätige Schlackenabfuhr. — Zugänglichkeit auch des hinteren Rostendes. — Erhöhung der Rostleistung. — Auch für minderwertige Brennstoffe gut geeignet, die sich mit Abstreifern nicht oder nur schlecht verbeizen lassen. — Für alle Arten von Wanderrostfeuerungen. Wichtigste Verbesserung des Unterwindwanderrostes. Zeugnisse über fünfjährige Betriebserfahrungen. — Über 100 Feuerbrücken in Betrieb bezw. Ausführung. — Ueber 600 Feuerbrücken nachbestellt.
386
Luc. Steinmüller Gummersbach.

Ratin
unter Kontrolle der Landwirtschafts-kammer Halle
Ratin
Ministeriell ausgezeichnet. Für Hausttiere unschädlich.
Ratin
gegen Läuse M. 2.25 gegen Räude 170 ccm. M. 4.— Literabfüllungen M. 16.—
„Ratin" G.m. b. H. Berlin W. 35
Schöneberger Ufer 32.

Werner & Pfleiderer
Cannstatter Misch-, Knet-Maschinen-Dampf-Backofen-Fabrik
Cannstatt-Stuttgart

Komplette Einrichtungen für Lebensmittel und Chemie
Patente in allen Kulturstaaten
187 höchste Auszeichnungen